Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.70 2.3.1975

ACHTUNG! SONDERNUMMER ZUM KAMPF DER BEVÖLKERUNG IN WYHL UND MARCKOLSHEIM !

der id hat zu den ereignissen in wyhl eine sondernummer zusammengestellt.da die verwendeten nachrichten bereits im id veröffentlicht wurden, schicken wir diese sondernummer nur auf wunsch an die abonennten. für informationsstände bzw. veranstaltungen stellen wir selbstverständlich exemplare zur verfügung. bitte versucht, nicht unter 10 stück zu bestellen(stückpreis 1dm), der aufwand beim versand wird sonst ungeheuer.

6 frankfurt
hamburger allee 45
tel.0611/704352

bürozeiten :
mo-fr, 11 - 15 uhr

postscheckkonto
w.spruck, 6 ffm 60
nr. 52 52 28 - 602

verantwortlich :
w. spruck, 6 ffm
karbener str. 1

redaktionsschluß
freitag 20 uhr

kontaktzentren :

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 44 40 03

463 bochum-querenb.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 44 61 71

74 tübingen
aktion pol. buchlad.
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchhandlung
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01391267

monatsabo 6 mark
(gegen vorkasse)

WYHL (ID) WACHT AN DER LINIE DER VERNUNFT
22. februar

seit der gewaltsamen räumung des baugeländes durch annähernd 1 000 bereitschaftspolizisten am donnerstag morgen sind ständig etliche hundert kaiserstühler am zaun. dieser ist inzwischen angewachsen auf mehr als 10 panzerdrahtrollen. die demonstranten treten ihn langsam nieder und nähern sich auf diese art und weise immer wieder der polizei auf der anderen seite des stacheldrahts. schon wieder sind neue im einsatz, diesmal aus heidelberg. wissen die etwas über die gefahren von atomkraftwerken? wird der abstand zwischen den parteien zu klein, legen die grünen neue rollen aus, später müssen sie pfähle in 20 cm abstand in den boden rammen und mit drahl verspannen.
sonntag, 23. februar

zu der schon am freitag angekündigten protestkundgebung kommen annäherd 20 000 menschen aus der ganzen region. viele erreichen die kundgebung nicht mehr, weil sie von ihrem parkplatz aus mehrere kilometer laufen müssen. ein pfarrer leitet die kundgebung. der kbw sei der zeit voraus, meint er, denn die kbw überschriebenen flugblätter sind auf den 24. 2 datiert. auch die blätter des "regionalkomitees baden-württemberg" der kpd könne man ruhig fallen lassen. "tritt sich fest". diese gruppe fordert in ihrem blatt "eine einheitliche rote kampffront der arbeiter und werktätigen in unserem land!" hammer und sichel auf einem schwarzen stern zieren den kopf. wer sich hier ein wenig auskennt, weiß, daß für die bauern und winzer des kaiserstuhls die schwarze cdu in stuttgart immer mehr mit "hammer und sichel" identifiziert wird. das wird zu mißverständnissen mit den "genossen" führen. die leute in baden kennen stacheldraht und panzerspähwagen nur aus dem konflikt mit dem geteilten deutschland - "schwarzer kommunismus" aus stuttgart. ein landwirt, der seit früh auf immer cdu gewählt hat, erklärt, er habe sein parteibuch zurückgeschickt. auf seinem transparent ist stacheldraht zu einem kranz gewunden: "des landesvaters heiligenschein".

nahezu alle redner und rednerinnen rechnen mit dem landesvater ab. der hat, um seine these von den bundesweit organisierten extremisten zu beweisen, eine kluge statistik aufgestellt. von den 54 verhafteten seien 13 ausländer, 33 freiburger und andere auswärtige und "nur" acht kaiserstühler. die polizei hat aber gezielt herausgegriffen und verhaftet: den leiter der kpd aus stuttgart usw. usf. in der rede einer jungen freiburgerin heißt es:

"wenn hier nur acht kaiserstühler gegen das kkw wären, dann könnte filbinger ruhig schlafen und bräuchte keine lügen zu verbreiten. weiter heißt es: 12 franzosen waren dabei. das klingt so richtig nach einer internationalen verschwörung. tatsache ist aber, daß die deutsche polizei unseren elsässischen nachbarn die vorzüge des emmendinger polizeipräsidiums gezeigt hat. nachbarn, die unsere sprache sprechen, die am kkw näher dran sind als die meisten kaiserstühler ortschaften; die hier als direkt betroffene ein recht haben, mit uns zusammen unsere interessen zu verteidigen. wenn herr filbinger versucht, stimmung gegen die elsässer zu machen, weil sie einen französischen paß haben, dann zeigt dieser finsterling, daß ihm jedes mittel recht ist, auch der nationalismus - unter dessen folgen die menschen hier immer am meisten zu leiden hatten. wir halten hier keine wacht am rhein an der siegfried linie oder der maginot linie, sondern an der linie der vernunft. und diese wacht halten wir gemeinsam."

als freiburgerin verwahrt sich die rednerin gegen die unterstellung, freiburger ginge das atomkraftwerk nichts an. die ganze region sei betroffen und alle handelten im eigenen ineresse. dem freiburger hans filbinger allerdings liege der kaiserstuhl so am herzen, daß er polizeigarden, wasserwerfer und panzerspähwagen und polizeidrahtrollen und hubschrauber schicke. zu filbingers lieblingsthema "radikale" führt sie aus:

"die bürgerinitiativen haben von anfang an erklärt und wir erklären es wieder: unser gemeinsames ziel ist es, die gefahren, die den menschen hier drohen, zu verhindern. unsere bewegung ist so breit, daß man sie auf kein parteiprogramm einschränken kann. unser ziel ist so klar und konkret, daß alles, was jemand tut, daran gemessen wird, ob es diesem ziel nützlich ist. wir fragen niemanden nach seinem parteibuch, wie das in stuttgart und in bonn üblich ist. wir fragen: kannst du hier was helfen oder nicht. wir haben beschlossen, daß wir keine parteipropaganda wollen, weil uns das schadet. wir brauchen keine trittbrettfahrer, weder von der cdu noch von der spd noch von der fdp noch vom kbw oder der "roten fahne". und daß wir noch niemals parteipolitik gemacht haben, das weiß jeder, der sich hier auskennt. und wenn hier cdu-mitglieder auf diesem platz sind, sagen wir dann etwa "wir sind eine cdu-versammlung"? oder wenn katholische pfarrer da sind, sagen wir dann "wir sind eine katholische gemeinde"? oder wenn anhänger von franz-josef strauß hier sind, sagen wir dann, "wir sind maoisten"? nein, der herr filbinger soll doch gleich sagen, was er wirklich will: er will seine politik im interesse der atomindustrie durchsetzen und trifft auf widerstand. um diesen widerstand zu brechen, benutzt er alle gewalt, die ihm zur verfügung steht. ob das die kripo-scharen sind, die in endingen, weisweil und wyhl ein und aus gingen, ob das stacheldraht und behelmte polizei ist, oder ob das sein einfluß auf presse und fernsehen ist, wo er seine diffamierungen dieser volksbewegung verbreiten kann. das alles ist seine gewalt, sie soll uns einschüchtern, falsch informieren, schließlich direkt verletzen. aber wir haben eines gelernt: das einzige wirksame mittel, über das wir verfügen, ist unsere einheit und unser zusammenhalt und vor allem unser langer atem. das hier ist für keinen von uns ein spiel, wir haben schon zu viel begriffen und zuviel geblutet und zu lange gekämpft, um jetzt einfach aufzugeben. im gegenteil. jetzt geht es erst richtig los. das kkw wird nicht gebaut."

am ende der kundgebung wird die bevölkerung aufgerufen, sich doch auf dem naturwanderpfad den schönen rheinauewald noch einmal anzusehen. bei dieser wanderung zupfen etliche tausend an den badenwerkszäunen und schildern rund um das gelände, bis sie fallen. die polizei, im walde verschanzt (etwa 3 000 mann) versucht, stellung zu halten. sie erkämpft sich diese mit einsatz von hunden, die einige demonstranten beißen, mit schlagstöcken. einige steine fliegen. immer deutlicher wird klar, daß sie nicht die festung halten können und wollen. vielen grünen ist nicht klar, warum sie hier sind, sie flehen: bitte, bleiben sie doch zurück. aber der fortschritt ist unaufhaltbar. schließlich haben 2 000 demonstranten alle polizeilinien durchbrochen und strömen von allen seiten auf den alten platz der besetzung, der nun durch rodungsarbeiten um einiges vergrößert ist. man liegt sich in den armen. die luft pfeift aus den rädern der baumaschinen, einige verhaftete müssen unter dem druck der besetzer freigegeben werden. jetzt zieht die polizei ab. fluchtartig. das hat bisher noch niemand der anwesenden jemals erlebt. die ersten aufrufe: holt zelte, hütten, stroh, essen, installiert euch. wir halten den platz. sie werden zuerst zögernd, dann immer rascher befolgt. einige arbeiter geben die schlüssel zu ihren bauwagen an die besetzer ab, einer gibt eine komplette küche her, ein anderer ist voll mit luftmatratzen. eine bauhütte wird aus einem badischen dorf herangeschafft und überhaupt entwickelt sich auf den zufahrtsstraßen ein reges treiben. in den dörfern wird mobilisiert. wurstringe, brötchen und badischer wein stillt hunger

und durst. im nu sind etwa 10 feuer entfacht. über nacht bleiben mehrere hundert besetzer; die zufahrtsstraßen werden mit baumstämmen verbarrikadiert. alle leute, die das gelände betreten, werden inspiziert. so hoffen die besetzer, der großen flut von spitzeln herr zu werden.

kaum jemand schläft – denn die nacht ist extrem kalt und feucht, außerdem herrscht alarmstufe 2. immer neue meldungen, daß bereitschaftspolizei wiederum zusammengezogen wird. sirenen heulen in den dörfern und kaiserstühler strömen auf den platz. eine undurchdringbare nebeldecke beschränkt die sicht auf wenige meter. schon aus diesem grunde wird ein polizeieinsatz immer unwahrscheinlicher (schon am donnerstag haben sich bullenautos verfahren, wir konnten das am polizeifunk mitverfolgen!). als in den morgenstunden des montag an die 1 500 menschen auf und um den platz versammelt sind – in der mehrheit winzer und bauern und badische frauen – ist es geschafft. im laufe des tages folgen tausende aus den dörfern. die spitzel melden das nach stuttgart (einige von ihnen werden identifiziert und rausgeschmissen) und obwohl filbinger noch am abend im fernsehen davon spricht, daß dieser landfriedensbruch nicht hingenommen werden könne und der platz geräumt werden müsse, wird er durch seine parteigenossen und durch die polizei, die nicht so recht will, gezwungen vorerst nachzugeben. es verspricht, in den nächsten wochen die besonnene bevölkerung von den radikalen extremisten zu sondieren.

trotz der angekündigten vier wochen ruhepause wird auch am montagabend noch volle bereitschaft gehalten. angeblich sollen die polizisten sich in ihren quartieren bereit machen zur abfahrt. noch einmal alarm....

am dienstag, 25. februar 75, widmet die badische zeitung eine halbe seite der cdu. überschrift: cdu-gemeinderatslisten sind gefährdet. "in den cdu-ortsvereinen der winzergemeinden des kaiserstuhls rumort es. mitglieder treten aus der partei aus, ortsvereinsvorsitzende lehnen eine kandidatur zu den bevorstehenden kommunalwahlen ab und gemeinderatskandidaten erklären, nicht mehr die verantwortung für ein solches mandat übernehmen zu können..." der cdu-ortsverband des winzerdorfes bischoffingen hat sich aufgelöst. auf der letzten seite der badischen zeitung eine anzeige in der größe eines viertel blattes: "nit allem sich neige, 's eige zeige!" 20 cdu-mitglieder, meist winzer, erklären öffentlich ihren parteiaustritt: "in berechtigter und großer sorge um ihre heimat wehren sich die bürger am kaiserstuhl gegen den bau des kernkraftwerks wyhl. das verwerfliche vorgehen der landesregierung in personalunion mit den kkw-betreibern durch die brutalen polizeiaktionen läßt sich unter diesen landes-parteiführern mit unserer mitgliedschaft in der cdu nicht mehr vereinbaren." darauf folgt die namentliche unterschrift der 20 ausgetretenen.

an die deutsche presse agentur schreibt das internationele komitee der 30 badisch-elsässischen bürgerinitiativen gegen kkw wyhl und bleiwerk marckolsheim einen beschwerdebrief. wenn die berichterstattung in den überregionalen tageszeitungen – besonders frankfurter rundschau, süddeutsche zeitung und frankfurter allgemeine zeitung- die zum großen teil auf fehlerhaften informationene durch die dpa zurückgeht, nicht ab sofort "korrekt im journalistischen sinne" sind, sehen sich die bürgerinitiativen gezwungen, mit einer dokumentation, die vorbereitet wird, vor den deutschen presserat zu gehen.

es ist jetzt notwendig, im wyhler wald eine stadt zu bauen, sich für lange zeit einzurichten. alle warten darauf daß das verwaltungsgericht mit seinem urteil auf der seite der bevölkerung steht. sollte es aber für das badenwerk und ei landesregierung entscheiden, isst das nur ein weiterer beweis, wie die interessen in diesem lande verflochten sind. ein verwaltungsgerichtsurteil kann uns nicht von der ungefährlichkeit des atomkraftwerks überzeugen. aufruf an alle leser: tut etwas in euren eigenen städten. bombardiert die lokalen und überregionalen zeitungen mit leserbriefen und anrufen, wenn sie nicht die wahrheit über wyhl berichten.

aussprüche aus der badischen zeitung zitiert: "verbitterung und zorn, empörung und entschlossenheit eint jene vielhundertköpfige gruppe, die am schwelenden holzfeuer auf der baustelle ausharren will, bis das wahnwitzige unternehmen kernkraftwerk abgeblasen wird." ein winzer aus kiechlinsbergen: "sehen sie hin: vietnam am kaiserstuhl. und der atmosphäre dieses bildes entsprechend sind die polizeibeamten vorgegangen: brutal!" wei t vor der einfahrt haben gewichtige männer mit schweren eichenbohlen barrieren aufgetürmt; "damit es die polizeifahrzeuge bitteschön nicht zu bequem haben!" "wir sind keine radikalinskis aus der linken ecke, sondern kaiserstühler winzer, die ihre heimat verteidigen!" "uns zu radikalen stempeln? das können sie vielleicht mit studenten machen. mit uns klappt sowas nicht!" "wir haben's doch alle bei der räumung erlebt: die polizei fischt sich ganz gezielt die jungen langhaarigen raus, die nicht kaiserstühler dialekt sprechen. sie nur werden festgenommen, von ihnen nur notiert man personalien, um hinterher sagen zu können, daß man ausschließlich auf junge radikale gestoßen sei. wer aber ein bauerngesicht hat und mit kaiserstühler zungenschlag spricht, der wird von der polizei überhaupt nicht beachtet. darin liegt doch die heimtücke!" "wir halten eisern durch, was auch immer das verwaltungsgericht entscheidet" eine gruppe von männern aus bahlingen. "filbinger unterschätzt unseren durchhaltewillen" sagt die junge frau an der suppenterrine. (siehe dokumente 1 und 2)

27. februar 1975

ERFOLG DEUTSCH-FRANZÖSISCHER SOLIDARITÄT: KEIN BLEIWERK IN MARCKOLSHEIM

der kampf der elsässischen bevölkerung hat sich gelohnt: in einem brief an den straßburger oberbürgermeister (das sog. industrieerschließungsgebiet von marckolsheim gehört der hafenverwaltung von straßburg) verbietet der minister für das öffentliche bauwesen, das baugelände an die chemischen werke münchen abzutreten.

WANNE-EICKEL (ID)
26. februar

ZWANGSURLAUB UND ENTLASSUNGEN BEI GEA

gea-apparatebau in wanne-eickel ist ein alter familienbetrieb der metallverarbeitung mit 800 beschäftigten und zweigwerken in italien, spanien und irland. wanne-eickel hat über 5 % arbeitslose, die nachbarstädte bis zu 7 %; das bedeutet für jeden entlassenen kollegen mit sicherheit, stempeln gehen zu müssen! so war die aufregung auch entsprechend groß, als die betriebsleitung auf der belegschaftsversammlung im november 74 erklärte, die arbeitsplätze seien nur bis april 1975 gesichert. hatte doch die gleiche betriebsleitung auf der belegschaftsversammlung zwei monate vorher erklärt, die arbeitsplätze seien für das ganze jahr 1975 ungefährdet. wer annahm, gemäß der zweiten erklärung seien die arbeitsplätze wenigstens bis april gesichert, sah sich erneut getäuscht. die betriebsleitung beantragte umbe-

setzung mit lohneinbußen. ende november 1974 beinhaltete der bericht der wirtschaftskommission 30 - 50 geplante entlassungen für die monate februar und märz. das betriebsratsmitglied wilfried strathmann informierte die belegschaft. vier tage später erfolgte seine entlassung nach 14jähriger betriebszugehörigkeit, davon 6 jahre im betriebsrat! vorwand war eine ungeklärte halbe stunde auf der stempelkarte, tiefere ursachen waren die bisherigen aktivitäten des kollegen im betriebsrat gegen jede maßnahme auf kosten der belegschaft. die betriebsleitung und der betriebsratsvorsitzende wollten einen gefügigen betriebsrat und gleichzeitig die belegschaft einschüchtern. dem entlassenen kollegen wurde in einem anderen betrieb des gleichen unternehmens eine stelle angeboten, in der hoffnung, daß er und teile der belegschaft die aktivitäten einstellen würden. der vertrauensleutevorsitzende wurde aus dem gleichen grund in ein zweigwerk versetzt. in dieser situation wurde die belegschaft durch flugblätter über die tatsächlichen verhältnisse aufgeklärt, die unter anderem folgende forderungen zum inhalt hatten:

keine entlassungen! verteilung der arbeit auf alle hände! verkürzung der arbeitszeit bei vollem lohn!

betriebsrat und geschäftsleitung dementierten die geplanten entlassungen und gaben der belegschaft eine 20 %ige auftragssteigerung bekannt. 248 kollegen geben sich mit dieser erklärung nicht zufrieden und forderten für den 4. 1. 75 eine außerordentliche belegschaftsversammlung. der betriebsrat verwandelte sie in eine ordentliche und verschob sie auf den 25. 1. 75. in der zwischenzeit wurde mit zustimmung des betriebsrats für 30 % der belegschaft ein zwangsurlaub für die zeit von februar bis april festgesetzt. auf der belegschaftsversammlung setzten geschäftsleitung und betriebsrat den zwangsurlaub durch, weil der vertrauensleutevorsitzende "umfiel" und die urlaubsregelung unterstützte. obwohl die kollegen durch die flugblätter informiert worden waren, daß durch den zwangsurlaub das problem nur aufgeschoben, aber nicht beseitigt war, äußerten sie sich auf der versammlung nicht.

dieser "erfolg" für die geschäftsleitung ermutigte sie, drei kollegen zu entlassen. diese drei kollegen, der ehemalige betriebsrat wilfried strathmann, die vertrauensleute karin strathmann und wolfgang lüttge waren schon öfter im betrieb gegen die politik der geschäftsleitung und der übrigen betriebsräte aufgetreten. sie waren damit ein hindernis, wenn es darum ging, die krise auf die belegschaft abzuwälzen. solche störenfriede mußten natürlich entfernt werden. am 5. 2. 75 erfolgte ihre kündigung. um eine solidarisierung zu verhindern, wurden jetzt bei der gea bewußt falschmeldungen ausgegeben, man kriminalisierte und diffamierte die kollegen, wie es schon bei ford und mannesmann war.

dieser fall bei gea ist kein einzelfall, sondern reiht sich in die politische repression im betrieb ein! solidarisiert euch mit den entlassenen kollegen! leistet aktive unterstützung der forderungen der kollegen: sofortige wiedereinstellung der entlassenen kollegen! uneingeschränkte informationsfreiheit für arbeitervertreter!

unterstützt das solidaritätskomitee gegen entlassungen!

kontakt: susanne eyssen, 469 herne, wischerstr. 24, spendenkonto: "solidarität mit den entlassenen kollegen", bank für gemeinwirtschaft, wanne-eickel, konto nr. 2755913100.

BERLIN (ID) GESCHÄFTE MIT AUSLÄNDERN
1. märz

der türkischen sozialistengemeinschaft und dem arbeitskreis ausländerfragen in der humanistischen union sind inzwischen 11 fälle bekannt geworden, in denen ein einziger türke, der sich als türkischer dolmetscher ausgibt, von seinen landsleuten tausende von mark kassiert, indem er ihnen eine arbeitserlaubnis verspricht. der türke heißt hüsamettin karatay, wird metin genannt und wohnt bzw. wohnte in 1 berlin 19, knobelsdorffstr. 19. metin ging dabei immer nach ähnlichen methoden vor, die sicher auch andere echte oder falsche türkische dolmetscher im bundesgebiet praktizieren.

kundenkreis von metin sind seine türkischen landsleute, die entweder als touristen hier eingereist sind und deshalb weder eine arbeits- noch aufenthaltserlaubnis haben oder deren genehmigung abgelaufen ist. metin verspricht, ihnen eine arbeitserlaubnis zu verschaffen, da er gute leute in den arbeitsämtern habe. dafür verlangt er in der regel 1 500 bis 2 000 dm von seinen kunden. von den 11 fällen hat bisher jedoch nur ein türke die versprochene arbeits- und aufenthaltserlaubnis über einen anwalt tatsächlich erhalten. die übrigen erhielten im besten falle nur eine aufenthaltserlaubnis für besuchszwecke, in denen ausdrücklich noch keine arbeitserlaubnis enthalten ist, oder gar nichts. meist ließ sich metin bei ihnen überhaupt nicht mehr blicken oder begründete das ausbleiben der erlaubnis mit terminlichen schwierigkeiten und einem ungünstigen politischen zeitpunkt. das geld zahlte er in keinem fall zurück. in einigen fällen ist er sogar mit sämtlichen ausweispapieren seiner landsleute verschwunden. bei seinen geschäften arbeitet metin mit einem anwalt zusammen und scheint auch tatsächlich kontakte zu beamten in den arbeitsämtern zu haben. er scheint dort bekannt zu sei n und hat auch wohl tatsächlich anträge eingereicht, die dann aber - wie vorauszusehen war - immer abgelehnt wurden. seit einiger zeit ist metin aus seiner wohnung verschwunden und untergetaucht.

BÜCKEBURG (ID) INTERNATIONALE KOMMISSION BEIM PROZESS GEGEN AUGUSTIN (s. ID nr. 67)
1. märz

das internationale komitee für die verteidigung politischer gefangener in westeuropa hat auf seiner sitzung am 23. 2. 75 in paris beschlossen, eine kommission aus rechtsanwälten verschiedener länder in die bundesrepublik deutschland zu dem prozeß gegen einen gefangenen aus der raf zu entsenden.

seit dem 18. 2. 75 wird gegen den holländischen staatsangehörigen ronald augustin verhandelt. die hauptverhandlung findet nicht am sitz des gerichtes in osnabrück, sondern am rande der kleinstadt bückeburg in einem gefängnis statt. das gefängnis ist mit nato-stacheldraht umgeben, auf seinem dach sind fernsehkameras installiert, das gebäude ist von schwerbewaffneten einheiten der polizei und des bundesgrenzschutzes umstellt. die ausweise von besuchern werden fotokopiert, die daten von einem computer des bundeskriminalamtes erfaßt. richter und staatsanwälte werden täglich von hubschraubern des bundesgrenzschutzes von osnabrück nach bückeburg eingeflogen und von bückeburg wieder ausgeflogen.

um den prozeß programmgemäß durchzuziehen, hat das gericht dem angeklagten gegen seinen ausdrücklichen willen und gegen den protest seiner wahlverteidiger einen zwangsverteidiger bestellt.

für das internationale verteidigungskomitee: rechtsanwalt jean-jacques de felice, paris

FRANKFURT (ID)
19. februar 1975

SOZIALTHERAPIE FFM, E.V. GEGRÜNDET

sich selbst und ihren problemen überlassen, vollgestopft mit medikamenten, warten hunderte von patienten der frankfurter psychiatrie auf den tag, an dem das entlassungspapier ihnen bescheinigt, daß sie dem leben "draußen" wieder gewachsen sind.

doch diese hoffnungen sind trügerisch. denn, wie die vorliegenden statistiken beweisen, kehren die meisten über kurz oder lang wieder in die klinik zurück.

so werden sie allmählich zum anonymen objekt, zum bloßen "fall" der institution nervenklinik und resignieren über ihre isolation und die ausweglosigkeit ihrer existenz.

die gleichgültigkeit, die staat und wirtschaft gegenüber diesen problemen zeigen, war anstoß für ärzte, krankenschwestern, sozialarbeiter und studenten, den verein "sozialtherapie Frankfurt" zu gründen.

wir haben uns vorgenommen, stadtteilbezogen im stark unterversorgten nordend ein zentrum zu schaffen, daß durch seine aktivitäten geeignet ist, entlassenen patienten und solchen, die es einmal werden könnten, aktuelle und kontinuierliche hilfe zu bieten. da wir bis jetzt ausschließlich auf eigenmittel zur finanzierung unseres projektes angewiesen sind, bitten wir sie hiermit herzlichst um ihre unterstützung.

die adresse unseres schon bestehenden zentrums ist: martin-luther-str. 35, unsere kontonummer: Postscheck ffm 13191-601

ESSEN (ID)
27. februar 1975

TEILERFOLG FÜR DIE KNEIPEN-BÜRGERINITIATIVE

einen ersten erfolg hat die bürgerinitiative errungen, die sich vor einigen tagen (siehe id nr. 69) in essen-werden gebildet hat zur erhaltung der alt-werdener gaststätte "auler winkel". nach dem tode der wirtin hilde riegels war bekannt geworden, daß die gaststätte nach einer renovierung in anderer hand weitergeführt werden sollte.

dagegen wandten sich die mitglieder der bürgerinitiative. sie sind dagegen, daß mitpächter willi riegels aus seinem vertrag entlassen werden sollte. nun trafen sich vertreter der bürgerinitiative mit dem vertreter des hausbesitzers.

es wurde ihnen zugesichert, daß willi riegels die über essen hinaus bekannte gaststätte weiterführen könne. falls riegels kein interesse daran hat, ist der hausbesitzer bereit, auch einen pächter aus dem kreis der bürgerinitiative zu akzeptieren. (aus: waz v. 27. februar 1975)

FRANKFURT (ID)
25. februar 1975

MIETSTREIK IN VIER STUDENTENHEIMEN

zum 1. märz sind in vier frankfurter studentenwohnheimen die mieten um 20 - 25% erhöht worden. begründet wird die erhöhung mit dem hinweis auf die gestiegenen energie-, verwaltungs- und personalkosten. die stiftung studentenhaus als trägerin dieser heime ist gezwungen, kostendeckend zu arbeiten. das bedeutet: sämtliche kostensteigerungen werden über mieterhöhungen eingetrieben - also auf unseren buckel abgewälzt.

das augenblickliche existenzminimum für studenten beträgt in frankfurt ca. dm 650,--. der höchstsatz des stipendiums nach dem bundesausbildungsförderungsgesetz (bafög) beträgt allerdings nur dm 5oo,--. da unser bafög also nicht kostendeckend ist, kann man von uns nicht verlangen, daß wir kostendeckende mieten bezahlen.

die bewohner der betroffenen häuser haben deshalb beschlossen, einen teilmietstreik (bezahlung der alten miete, ohne mietaufschlag) durchzuführen.

mit unserem mietstreik verbinden wir folgende forderungen:
- zurücknahme der mieterhöhung !
- kostendeckende ausbildungsförderung !
- subventionierung der stiftung studentenhaus durch das land !

um diese forderungen durchsetzen zu können, brauchen wir das verständnis und die unterstützung der bevölkerung. deshalb werden wir demnächst einen tag der offenen tür veranstalten. dort werden wir die öffentlichkeit über unsere situation informieren. ort und zeit der veranstaltungen werden wir später bekanntgeben.

FRANKFURT/ANSBACH (ID)
27. februar 1975

US-ARMY GEGEN BABETTE PEYTON UND SARETA DOBBS

nachdem entschieden war, daß die anklage wegen der weigerung, sich die frisur zu ändern, fallen gelassen wird, hat der kommandeur von babette peyton (siehe id nr. 69) jetzt schon angekündigt, daß er sofort nach dem prozeß den befehl wiederholen werde. das gleiche spiel wird also wieder beginnen: befehl, befehlsverweigerung, kriegsgericht - das ganze ist militärische disziplin. gleichzeitig wurde babette von ihrem amt als präsidentin des race relation council abgesetzt (von ihrem vorgesetzten, nicht von ihren wählern!).

der richter in ihrem verfahren, hauptmann harvey, hat außerdem jetzt entschieden: babette darf in ihrer verteidigung nicht die tatsache benutzen, daß sie zur psychologischen untersuchung mit elektroschocks nach landstuhl geschickt werden sollte. ihr war von freunden bekannt, daß viele nach landstuhl geschickt werden, die nicht verrückt sind, aber verrückt wieder zurückkommen. nachdem sie sich nicht mehr anders wehren konnte, war babette vom 23.10. bis 5.11.1974 abgehauen. dies alles wurde als tatsache anerkannt; diese tatsachen dürfen aber nicht zur verteidigung wegen des vorwurfs der unerlaubten abwesenheit benutzt werden.

ganz offensichtlich will die armee auf diese - im amerikanischen gerichtlichen verfahren mögliche - art und weise verhindern, daß das problem der psychiatrischen behandlung schwarzer frauen vor gericht untersucht und so an die öffentlichkeit kommt.

nebenbei wurde bei diesem prozeß festgestellt, daß es seit 1972 für die frankfurter kasernen noch keine einzige frau als geschworene in einem us-militärgerichtsverfahren gab, obwohl es gerade im 97. general hospital, wo auch babette peyton arbeitet, sehr viel weibliche offiziere gibt.

sareta dobbs antrag auf anerkennung als kriegsdienstverweigerin (siehe id nr. 69) wurde jetzt durch den kommandeur der 1. armed division in ansbach , heiser, abgelehnt.

ihr wurde stattdessen wieder ein neues angebot gemacht: diesmal durfte sie gehen, wenn sie unterschreibt, daß sie für die armee untauglich ist. sie hat das ebenso wie das vorherige angebot abgelehnt.

FRANKFURT (ID)
26. februar 1975

PLANEN DIE STADTWERKE EINE BEWAFFNUNG DER KONTROLLEURE?

in den regionalen tageszeitungen vom 26./27.2.75 wurde die story von schwarzfahrern verbreitet, die einen kontrolleur in der tram mit messer und knarre bedroht haben sollen.

richtig ist, daß wir dem typ auf seine aufforderung, die fahrtausweise vorzuzeigen, erklärten, daß er sich ganz schnell verdünnisieren solle; daß wir auf seine aufforderung, an der nächsten haltestelle auszusteigen, meinten, er selbst solle schleunigst aussteigen, wir jedenfalls wollten noch ein bißchen weiterfahren; daß wir, indem wir uns vor ihm aufbauten, verhinderten, daß er die notbremse ziehen und die tür abschließen konnte und- als seine kollegin am anderen ende des wagens die notbremse zog - zum abschied seinen schönen neuen hut mitnahmen; weiterhin, daß einige andere fahrgäste dies alles sehr lustig fanden.

weshalb also die story mit der knarre und dem messer?

indem in nebensätzen erwähnt wird, daß die schwarzfahrer offensichtlich von einer demonstration (gegen § 218) kamen, soll den lesern unter der hand untergejubelt werden, daß alle demonstranten nicht nur gewöhnliche kriminelle sind, sondern sich mittlerweile sogar schon mit messern und gar mit knarren ausrüsten.

weiterhin: wurde die autorität schon derartig durch den dreck gezogen und der lächerlichkeit preisgegeben, dann müssen es schon mit messer und knarren ausgerüstete gefährliche schwarzfahrer gewesen sein, die so etwas schaffen. ansonsten könnte ja noch manch anderer auf die idee kommen, den schweinen paar in den arsch zu treten, sich zu wehren - und das ohne waffe.

außerdem eignen sich solche stories auch ganz gut dazu, eine zukünftige bewaffnung von kontrolleuren bzw. andere sicherheitsmaßnahmen öffentlich zu begründen.

freunde des nulltarifs

OFFENBACH (ID)
28. februar

CHILE-FILM VOM ZOLL VORÜBERGEHEND BESCHLAGNAHMT

der vom chile-komitee westberlin und dem sozialistischen büro vertriebene dokumentarfilm "chile - der kampf geht weiter" wurde, nachdem er in wien gezeigt worden war, beim rückversand in die brd von einer westdeutschen zollstelle festgehalten. dem genossen, der den film in solingen vom bahnexpress abholen wollte, wurde mitgeteilt, daß bei waren, die einen politischen charakter bzw. inhalt haben, die staatsanwaltschaft eingeschaltet werden müsse. der film könne so lange nicht freigegeben werden, bis festgestellt sei, daß er keine staatsgefährdende tendenz habe. erst nach verschiedenen telefonaten mit den diversen instanzen der bürokratie und als anhand von dokumenten nachgewiesen werden konnte, daß der film aus der brd stammt und hier schon mehrmals gezeigt worden ist, wurde der film ausgehändigt.

TÜBINGEN (ID)
14. 2.

DER HTS UND SEINE SCHIEDSRICHTENDE POLIZEI

am vergangenen freitag wollte der hts (hochschulring tübinger studenten) informationen unter die bevölkerung bringen. zur erklärung: der hts ist eine rechtsradikale studentengruppe, die teilweise faschistische inhalte vertritt. was sich da so in vietnam wirklich abspielt, davon weiß er wenig. dafür hat er aber umso mehr ahnung davon, was er gerne hätte: ein erneutes offenes militärisches eingreifen der usa in indochina! das grundrecht der freien meinungsäußerung so pervertierend, war ihm klar, daß ihm das nur unter massivem polizeischutz gelingen könnte. und siehe da, hts und die tübinger polizei spielten das ganze spektakel mit offenem visier.

als der htsler geigel um 9 uhr seinen "informationsstand" auf der neckarbrücke aufbaute, stand die polizei einsatzbereit an allen nur verfügbaren ecken. zivile, uniformierte mit streifenwagen hatten auf das signal gewartet, um die "störer" des ksv gebührend zu empfangen. 4 genossen wurden vorübergehend festgenommen; sie wurden "erkennungsdienstlich behandelt". dieses vorgehen von hts und polizei ist bezeichnend: wenn dieser einsatz dazu gedient haben soll, das informationsrecht zu sichern, so ist er doch so durchsichtig angelegt, daß es einen verwundern muß, weshalb zum schutze eines linken informationsstandes noch nie ein polizeiaufgebot zur verfügung stand. wir haben zwar erfahrungen mit der polizei, doch beziehen die sich vor allem auf die beamten der abteilung staatsschutz, die die genossen an informationsständen für ihre karteien fotografieren, mit uniformierten beamten, die die personalien der flugblattverteiler feststellen und mit provokateuren, die immer dann aufkreuzen, wenn sich inhaltliche diskussionen mit der bevölkerung ergeben.

nach auskunft von hauptkommissar eberhard vollmer waren zu diesem einsatz 30 uniformierte beamte abgeordnet. sicher war auch noch eine menge "zivilisten" anwesend. in der zeit von 9 - 16 uhr konnte der hts ca. 5 000 flugblätter verteilen. 4 tage später, am dienstag, 18. 2., konnte man im "schwäbischen tagblatt", tübinger lokalblatt, folgende anzeige lesen:

Herzlichen Dank

den Polizeibeamten, die letzten Freitag in mehrstündigem Einsatz, teilweise im eisigen Schneeregen, verhinderten, daß Linksextremisten unseren Informationsstand über die kommunistische Aggression in Vietnam und Kambodscha auf der Neckarbrücke zerstörten. Wir hoffen, daß der konsequente Polizeieinsatz den Kommunisten eine Warnung ist, sich künftig gewaltsam an Andersdenkenden zu vergreifen.

Der Vorstand des Hochschulrings Tübinger Studenten (HTS), 74 Tübingen, Grabenstraße 19, Ruf (07122) 21813,
Axel Heinzmann (CDU-Stadtratskandidat) — Thomas Veigel — Volker Zimmermann

PS.: Für zwei Kommilitonen, die soeben nach jahrelanger politischer Verfolgung aus der DDR zu uns gelangen konnten, erbitten wir dringend Spenden: Kleidung, Bettzeug, Zimmereinrichtung. Die beiden konnten aus der DDR nur das mitbringen, was sie auf dem Leibe trugen!

BAD BERLEBURG (ID)
25. februar

FERIEN FÜR GENOSSEN

auf diesem wege suchen wir genossen, politische und kulturelle organisationen, die interesse am aufbau eines ferienheims (keine landkommune!!) im naturpark rothaargebirge hätten (politisches und kulturelles notstandsgebiet ca. zwei autostunden von dortmund, frankfurt und köln). wir denken an den ankauf und ausbau geeigneter räumlichkeiten durch eine genossenschaft. das haus soll zu selbstkostenpreisen später proletarischen jugendgruppen, politischen arbeitsgruppen und kinderreichen familien aus den industriezentren für seminare, kurzferien etc. offenstehen. interessenten melden sich bitte bei: w. grütz, postfach 1241, 592 bad berleburg.

AUSLAND

PARIS (PTS/LIBERATION/ID)
15. februar 1975

SIEGREICHER STREIK BEI RENAULT

zum ersten male wird bei ranault "gleicher lohn für gleiche arbeit" bezahlt werden. nach einem streik, der am 12. februar von den lagerarbeitern und den arbeitern der reparaturabteilung begonnen worden war, reagierte das management am 15. februar zunächst mit der aussperrung von 4.000 arbeitern des werkes billancourt. die zentralen des streiks waren die gleiche bezahlung für gleiche arbeit, die erhöhung der löhne sowie die abschaffung aller lohngruppen, die nur dem zwecke dienen, die arbeiter zu spalten.

bei den verhandlungen, die von den gewerkschaften cfdt und cgt mit der firmenleitung geführt wurden, kam es zu folgenden ergebnissen: gleicher lohn für gleiche arbeit, lohnerhöhungen sowie einer 45% igen bezahlung der vier streiktage.

ZÜRICH (ID)
28. februar

KAMPF GEGEN ENTLASSUNGEN IN DER SCHWEIZ

zwei aufsehenerregende sabotageakte haben in den letzten tagen die verschärfung des sozialen klimas in den fabriken signalisiert und scheinen auf eine neue militante ebene des arbeiterwiderstands gegen die krise hinzuweisen. am 20. februar hat ein großbrand in der fabrikationshalle der bally-filiale (schuhe) in aarau einen schaden von rund 2 millionen franken angerichtet. die betriebsleitung vermutet als brandursache sabotage oder einen racheakt. im januar hatte die bally-zentrale in schönenwerd (ag) 250 arbeitern der werke schöftland, sitten und brig gekündigt. in brig hatte darauf eine arbeiterdemonstration von 5 000 teilnehmern stattgefunden. auch in aarau haben die arbeiter demonstriert.

am 22. februar zerstörte ein molotow-cocktail das verkaufsbüro der sro (kugellager) in st. gallen. der schaden beträgt rund 50 000 franken. auch hier ist die betriebsleitung überzeugt, daß ein "racheakt" vorliegt. anfang februar hatte das hauptwerk in zürich die entlassung von 350 arbeitern innerhalb von 8 monaten bekanntgegeben.

zum 1. märz hat der schweizerische gewerkschaftsbund kundgebungen und demonstrationen "für sichere arbeitsplätze - gegen lohnabbau" in mehr als 30 städten der schweiz angekündigt.

FIGUERAS (ID)
24. februar

AUCH IN SPANIENS MILITÄR TUT SICH WAS

vorletzte woche wurden zwei hohe militärs, die auf einem treffen von offizieren der 4. militär-region (katalonien) über die politische lage im land diskutiert hatten, verhaftet. comandante julio busquets bragalut ist gleichzeitig soziologie-professor an der universität barcelona, sein kollege, kapitän josé jülvez, hat dort einen lehrauftrag für politik. busquets ist vor einigen jahren bekannt geworden durch sein militär-soziologisches buch "die militärlaufbahn in spanien . beide sind in der garnison von figueras an der französischen grenze arretiert.

BOGOTA (PTS/EXCELSIOR/ID)
22. februar

STADTBESETZUNGEN IN KOLUMBIEN

am 13. februar besetzten 100 mitglieder der nationalen befreiungsarmee eln (ejercito liberacion nacional) drei stunden lang die stadt morales in der kolumbianischen provinz. während der aktion verteilten die besetzer flugblätter mit dem foto von camillo torres an die bevölkerung (camillo torres, ein revolutionärer pfarrer, war vor 9 jahren am 15. februar von der polizei erschossen worden). nach drei stunden verschwanden die besetzer in die berge, nahmen jedoch noch waffen, medikamente, geld und anderes mit.

die regierung setzte sofort ihre spezialeinheiten in bewegung, um die widerstandskämpfer zu finden. der rundfunk berichtete, daß fabio vasquez, der führer der eln, an der aktion beteiligt war. am 15. februar wurden hunderte von menschen in vorbeugehaft genommen, um demonstrationen zum jahrestag der ermordung torres' zu unterdrücken. zur gleichen zeit wurde von der farc (fuerzas armadas revolucionarios colombianas) eine bergwerksstadt nördlich von bogota besetzt. bei dieser besetzung wurden gold, platin und andere wertvolle güter erobert.

LISSABON (ID)
22. februar

20 000 FORDERN DIE ENTEIGNUNG DES GROSSGRUNDBESITZES !

am 2. 2. versammelten sich etwa 20 000 landarbeiter aus der umliegenden gegend in der provinzhauptstadt des alentejo, in beja. der alentejo ist ein vor allem landwirtschaftliches gebiet. auf riesigen feldern werden vor allem getrei de und oliven kultiviert. aus den wäldern wird kork geholt. das klima ist heiß und trocken, die arbeit entsprechend mühsam, zumal moderne erntemaschinen fehlen. ganze dörfer sind abhängig von einem oder wenigen großgrundbesitzern, die während des faschistischen regimes die löhne sehr niedrig halten konnten. die frauen arbeiten daher meist auch. hungersnöte waren nicht selten und trotz der starken repression (einsatz von soldaten, verhaftungen, schwarze listen) gab es immer wieder heftige aufstände.

am 2. 2. folgten die landarbeiter einem aufruf der gewerkschaft, um von der regierung maßnahmen gegen die boykotte der großgrundbesitzer zu fordern. zur zeit sind etwa 4 000 männliche und 10 000 weibliche landarbeiter im südlichen alentejo ohne arbeit; land liegt brach, viehschlachtungen in großer zahl werden durchgeführt und auf befehl der großgrundbesitzer werden olivenbäume aus der erde gerissen. die landarbeiter setzen sich gegen diese maßnahmen unter anderem durch landbesetzungen zur wehr.

auf der versammlung sprachen gewerkschaftsvertreter und mitglieder der regierung. unterstützt wurde sie von der pcp, mdp und mes. die menge war sehr aufgebracht und hatte folgende forderungen:
- sabotierende agrarier in den käfig!
- die erde denen, die sie bearbeiten!
- enteignung der großgrundbesitzer!
- einheit von volk und mfa.

es folgte ein langer protestmarsch durch die stadt.
aus: esquerda socialista no. 15, 4. 2. 75 (organ der "bewegung der linken sozialisten" mes)

NAMIBIA (PAIP). PRÜGELSTRAFE AN POLITISCHEN HÄFTLINGEN IN ZUKUNFT UNTERSAGT
27. februar

der höchste gerichtshof südafrikas hat jetzt den stammesbehörden, die von der weißen regierung in pretoria eingesetzt wurden, untersagt, politische häftlinge auspeitschen zu lassen. obwohl drei geistliche die stammesbehörden seit geraumer zeit beschuldigten, hatte sich die südafrikanische regierung ständig geweigert, etwas gegen die auspeitschung von swapo-mitgliedern zu unternehmen. bekanntlich bekämpft swapo die mit südafrika kollaborierenden stammesbehörden.

MONTPELLIER (PTS/LIBERATION/ID) ARBEITSEMIGRANTEN TRAFEN SICH
17. februar 1975

am 15. und 16. februar 1975 trafen sich mehr als 1.000 arbeitsemigranten zu einer zweitägigen konferenz in montpellier. die konferenz behandelte die unmittelbaren probleme der ausländischen arbeiter, die ohne pässe und arbeitspapiere in frankreich leben (legale arbeitsverträge, verbesserung der miserabelen wohnbedingungen, beteiligung der ausländischen arbeiter an den allgemeinen kämpfen, zunehmende unterdrückung der arbeitsemigranten).

die kongreßteilnehmer kamen aus allen teilen frankreichs in eine von der paramilitärischen crs besetzte stadt (versammlungen von mehr als 5 leuten waren vom polizeichef untersagt). ungefähr 300 arbeiter beteiligten sich an einem treffen all derer, die ohne offizielle papiere in frankreich leben. sie berichteten, wie sie aus ihren heimatländern (marokko, algerien, tunesien) nach frankreich kamen, und an welchen kämpfen sie teilgenommen hatten. wesentliches thema der tagung war jedoch die diskussion der frage, wie die unterdrückung durch den französischen staat zu bekämpfen sei. diese diskussion wurde von zwei gruppen getragen. eine, die autonome organisationsformen der arbeitsemigranten forderte, und eine, die die meinung vertrag, sich den französischen gewerkschaften anzuschließen.

auf die erklärung eines militanten des algerischen arbeiterkomitees : "wir müssen uns mit den französischen arbeiterorganisationen zusammenschließen; wir sollten warten und uns an aktionen der cfdt und der cgt beteiligen" war die antwort des anderen sprechers: "wir warten schon zu lange und von den französischen gewerkschaften wurden uns keine angebote gemacht. wir riskieren die ausweisung. wir müssen jetzt handeln, wir können nicht mehr warten."

für den 8. märz, den internationalen frauentag, ist eine demonstration der ausländischen arbeiterinnen geplant, um auf ihre situation aufmerksam zu machen.

ERKLÄRUNG

ERKLÄRUNG DES WESTDEUTSCHEN IRLAND SOLIDARITÄTSKOMITEES

OFFIZIELLE IRA VOLLSTRECKTE EINES VON 4 TODESURTEILEN GEGEN MITGLIEDER DER IRSP

vergangenen samstag wurde in belfast der 19jährige lokale leiter der "irisch republikanischen sozialistischen partei" (irsp), ferguson, von einem kommando der offiziellen ira auf offener straße durch fünf schüsse ermordet.

die irsp, der u. a. bernadette devlin und ehemalige führende mitglieder der offiziellen sinn fein/ira angehören, hatte sich im dezember 1974 konstituiert, aus protest gegen den aufruf des vorsitzenden mcgiolla, die "entwicklung in den sozialistischen ländern des ostblocks als vorbild" für die ausrichtung der revolutionären strategie in irland zu nehmen. unmittelbar nach dem folgenden austritt einer großen fraktion und der endlichen gründung der alternativen irsp, verkündete der armeerat der offiziellen ira 4 todesurteile gegen deren führende mitglieder: ronnie bunting, seamus costello und andere.

innerhalb der letzten 8 wochen wurden deshalb systematisch anschläge und kidnappings verübt: ronnie bunting wurde zweimal beschossen, eine kugel verfehlte knapp seine kleine tochter fiona. sechs neue mitglieder der irsp, die gerade die officials verlassen hatten, wurden gekidnappt und bedroht und einen tag nach ihrem austritt veranlaßt, diesen wieder rückgängig zu machen.
an einem anderen tag wurde bunting gekidnappt und geschlagen, den man wochen zuvor bereits zwingen wollte, unter gewaltanwendung ein diskriminierendes dokument zu unterschreiben..

bunting, ehemaliger führer der offiziellen ira, erkannte diese leute zuverlässig als mitglieder der officials. passanten aus seinem wohngebiet identifizierten andere kidnapper und mordkommandos ebenfalls einschlägig. und da weder briten noch protestanten ein interesse daran haben dürften, mit solchen drohungen die spaltung der offiziellen sinn fein zu verhindern, bleiben auch im sinne der politischen logik nur diese selbst als täter übrig.

am samstag endlich wurde ferguson kaltblütig ermordet. ermordet von denen, die sonst an erster stelle gegen gewalt und für pazifistische bürgerrechtskampagnen aufgetreten sind, die nie genug denunziationen gegen die "sektiererischen morde" der provisorischen ira verbreiten konnten. die revionistischen bürokraten der sinn fein, endgültig auf moskau ausgerichtet, fürchten nach einem jahr der niederlagen offenbar die politische alternative der irsp und fürchten die offene politische auseinandersetzung, weswegen sie mord vorziehen.

dieser unglaubliche akt, dessen fortsetzung jederzeit zu erwarten ist, muß international konsequenzen gegenüber der offiziellen sinn fein haben. wir fordern deshalb dazu auf, uns sofort zustimmende erklärungen zu senden bzw. diese gleichzeitig nach dublin zu geben, worin die augenblickliche beendigung aller mordattacken gegen irsp-mitglieder gefordert werden.

zur dokumentation der gesamten mordstrategie der letzten woche werden wir außerdem in kürze eine dokumentation vorlegen, die internationale verbreitung findet.

adresse der täter: republican movement, c/o tomas mcgiolla, 35 gardiner place, dublin 1
unsere anschrift: westdeutsches irlandsolidaritätskomitee, 637 oberursel 5, postfach 35

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1

SEHR GEEHRTER BÜRGER IN UNIFORM !

einer ihrer nächsten einsatzbefehle wird sie vielleicht nach wyhl am kaiserstuhl bringen. sie werden dort weder studenten noch baader-meinhof mitgliedern noch sonstigen leuten, die man leicht verteufeln kann, gegenüberstehen, sondern der gesamten bevölkerung dieses gebietes. wir sind nämlich entschlossen, den bau eines atomkraftwerkes unter allen umständen zu verhindern.

sie werden sich sicher fragen, warum wir uns dagegen wehren, denn atomkraftwerke werden ja überall gebaut. wir sind der meinung, daß atomkraftwerke generell eine bedrohung für die menschheit darstellen. und zwar aus folgenden gründen: atomkraftwerke stellen durch die erzeugung und freisetzung riesiger mengen radioaktivität eine gefahrenquelle für die menschen in der näheren und weiteren umgebung dar. das gilt schon für den normalbetrieb. noch viel mehr aber im falle einer katastrophe. da technisches und menschliches versagen niemals auszuschließen ist, muß man mit solchen katastrophen und ihren folgen rechnen: ...zigtausend menschen wü rden sterben, noch viel mehr würden schwer geschädigt und ganze landesteile unbewohnbar. (diese toten wären wir, die unbewohnbaren landesteile wäre unsere heimat) die beseitigung des radioaktiven mülls und die probleme durch die freisetzung von plutonium bei der wiederaufbereitung sind in keiner weise geklärt. nach 20 jahren stehen die atomkraftwerke jahrtausendelang als lebensbedrohende ruinen in der landschaft. zu dieser atomaren bedrohung kommt in unserem fal le noch die bedrohung der grundlagen unserer landwirtschaftlichen existenz (weinbau am kaiserstuhl) durch nebelbildung und grundwassersenkung hinzu.

die berechtigung dieser befürchtungen wurde uns durch wissenschaftliche gutachten bestätigt. die landesreigerung hat sich über unsere argumente und einwände in eine r art und weise hinweggesetzt, die uns veranlaßt hat, nun unsererseits energischer vorzugehen. wie fragwürdig und undemokratisch das vorgehen der landesregierung ist, wird aus der stellungnahme des staatssekretärs des bundesministeriums für forschung, volker hauff, deutlich, der die genehmigung der landesregierung für das kkw in wyhl als übereilt erteilt verurteilte. auch die spd und fdp landtagsfraktionen haben sich gegen dieses vorgehen ausgesprochen.

weil uns nun keine andere möglichkeit mehr bleibt, sind wir entschlossen, den bauplatz dieses atomkraftwerkes zu besetzen, um den bau zu verhindern und die öffentlichkeit nachdrücklich auf den skandal dieses bauvorhabens aufmerksam zu machen. mit dieser platzbesetzung haben sich bereits zahlreiche prominente wissenschaftler und persönlichkeiten des öffentlichen lebens solidarisiert. unter anderen: volkmar baurecker, präsidiumsbeirat im weltbund zum schutze des lebens, prof. dr. ernst bloch, universität tübingen, prof. dr. johannes cremerius, universität freiburg, pfarrer h. dreier, bochum. mit einer ähnlichen aktion haben wir den bau eines ähnlich gefährlichen projektes, nämlich des bleichemiewerkes in marckolsheim im elsass bisher verhindert. diese platzbesetzung wurde sogar von landtags- und bundestagsabgeordneten wie nicola, fohrer, storck und böhme unterstützt.

im falle wyhl ist die landesregierung nun fest entschlossen, unseren widerstand, den sie mit ihren dürftigen argumenten nicht aus der welt schaffen konnte, mit polizeigewalt zu zerschlagen, wahrscheinlich also auch mit ihrer hilfe. wir werden sie nicht als unseren gegner ansehen, wenn wir uns gegenüberstehen und hoffen, daß dies ihrerseits ebenso möglich sein wird. wir würden uns freuen, wenn sie über dieses problem im kollegenkreis und mit ihren vorgesetzten diskutieren würden. für ihre bemühungen um ein verständnis für unsere lage bedanken wir uns im voraus.
21 bürgerinitiativen aus baden und dem elsaß

DOKUMENT 2 — WIR WOLLEN LEBEN, PFLANZEN, AUFBAUEN, DISKUTIEREN, AUFKLÄREN

erstmal haben wir gewonnen und zwar für heute. die polizei hat sich ebenso wie herr filbinger zurückziehen müssen. unser widerstand gegen das kkw ist in der region einfach viel größer als die regierung gehofft hatte. die polizisten, die hier vollgestopft mit lügen angekommen sind, gehn ernüchtert in die kasernen und berichten dort. die polizeigewerkschaft muckt auf. die regierung braucht eine atempause, um einen neuen einsatz politisch vorzubereiten. wir haben diese pause nur erzwungen, weil wir die ankündigung der 21 badisch-elsässischen bürgerinitiativen vom august 1974 auch wahrgemacht haben. nur weil wir den platz besetzt haben, rühren sich jetzt andere. nicht vergessen.

befestigen wir jetzt diesen platz!

in marckolsheim haben wir ein dörfchen gebaut. bauen wir hier ein städtchen. zeigen wir hier, daß wir leben wollen, pflanzen, aufbauen, diskutieren, aufklären, informieren wollen. filbinger will uns zermürben: organisieren wir unsere kräfte. wie in marckolsheim können wir auch hier für jeden tag einen anderen ort beauftragen, die wacht am rhein zu übernehmen. wir sind diesmal mehr. aber es wird gefährlich, wenn wir unsere kräfte verschleudern. wenn sich einzelne kaputt machen und andere nicht wissen, was zu tun ist. filbinger will uns spalten. demonstrieren wir überall unsere einheit. ohne ausnahme alle haben wir erklärt: das kkw wird nicht gebaut! ansonsten haben wir viele verschiedene auffassungen. darüber können wir diskutieren. aber: messen wir doch alle unsere aktionen an der frage "verhindern wir dadurch den bau, erhalten wir unsere einheit, erhalten wir uns einsatzbereit?" und nicht an anderen fragen.

wir wissen genau, was filbinger vorhat: der verfassungsschutz (seine spitzel schreiben, lesen und fotografieren hier unablässig) macht eine dokumentation aus den flugblättern einiger gruppen, die nicht zu den 21 gehören. das mischt er mit programmerklärungen ("zerschlagung des bürgerlichen staatsapparates"), gibt noch ein paar lügen bei und behauptet dann, diese gruppen hätten hier alles inszeniert, um die revolution zu entfesseln und die kaiserstühler seien darauf hereingefallen. dann - hofft er - bleiben viele leute zu hause und die bewegung bricht zusammen. so ist das schon ein paar mal geschehen. diesen plan können wir durchkreuzen. wir haben uns bisher schlecht und recht in den bürgerinitiativen organisiert. das kann noch besser gehen, wenn mehr leute in den orten über die gruppen dort mitmachen.

appell an alle, die sich hier noch nicht so auskennen:

informiert euch über die dreijährige geschichte dieser bewegung. sie ist nicht vom himmel gefallen. sie fing an mit der parole "eberle hilf!" und jetzt sagen wir platzbesetzung und "das kkw wird nicht gebaut". paßt auf mit übereilten schlußfolgerungen, stellt fragen und seid euch darüber im klaren, daß dieser kampf nur weitergeht, wenn die mehrheit der bevölkerung mitmacht. glaubt nicht, daß man erfahrungen von anderen bürgerinitiativen einfach auf unsere übertragen kann. überlegt auch, wer hier was aus welchen gründen tut und sagt. gerade wenn ihr studenten seid: eure erfahrungen und eure lebens- und arbeitsbedingungen sind andere als die der meisten menschen aus den orten. stellt euren wunsch, die führung zu übernehmen, zurück.

wir haben jetzt einen vorsprung. den dürfen wir nicht verspielen. wir können dieses kkw verhindern. bald sind kommunalwahlen. erinnert euch, wie war es in marckolsheim? die bürgerinitaitive gisem hat sich mit der forderung "non a cwm" zur wahl gestellt und gewonnen. alle politiker werden jetzt sehr viel versprechen. aber wie wäre es, wenn die bürgerinitiativen selber auftreten, mit der klaren und entschlossenen forderung "kkw nein!"
(auszüge aus einem flugblatt der initiativgruppe kkw-nein freiburg)

DOKUMENT 3 — INTERVIEW MIT EINEM FORD-ARBEITER

viele linke gruppen beziehen sich auf den ford-streik '73 als den radikalsten streik der damaligen streikbewegung. der ford-streik konnte bekanntlich nur durch den massiven einsatz von werkschutz, meistern, angestellten und polizei niedergeschlagen werden. damit war aber nur eine spektakuläre schlacht geschlagen. der ständige kleinkrieg zwischen arbeitern und kapitalisten ging und geht weiter. das folgende interview schildert die entwicklung beim ford seit dem streik:

frage: ford hat in den letzten wochen ein "großzügiges" angebot veröffentlicht: wenn jemand von sich aus kündigt, kriegt er ein paar monatslöhne abfindung. wie ist denn dieses angebot angekommen?

antwort: bei der abfindungsaktion sind über 3 000 arbeiter gegangen. der ansturm war am größten bei den bandarbeitern, da wurde die abfindungsaktion auch schon am 2. tag nach wenigen stunden gestoppt, weil die quote für die y-halle, wo die bandarbeiter sind, schon sehr schnell erreicht war.

f: in den zeitungen konnte man lesen, daß insgesamt 5 000 leute entlassen werden sollten bzw. prämien bekommen sollten, falls sie von sich aus kündigen.

a: ja, zu den 5 000 gehören 2 000 angestellte, und von den angestellten haben von dem abfindungsangebot bisher nur ein paar hundert gebrauch gemacht. da sind also noch weit über 1 000, die jetzt noch entlassen werden sollen. bei meistern, also sogenannten "betrieblichen vorgesetzten", die ja auch angestellte sind, löst man das problem so, indem man viele zu lohnempfängern zurückstuft. die verlieren einfach ihren angestelltenstatus. und in dem eigentlichen angestelltensektor, in der verwaltung, wird mit entlassungen gerechnet. wir müssen damit rechnen, daß nach mai, nach den betriebsratswahlen, es da zu echten massenentlassungen kommt.

f: die rund 3 000 arbeiter, das sind ja doch nicht die ersten, die beim ford in den letzten anderthalb jahren rausfliegen...

a: ja, rausfliegen eigentlich schon, denn monatlich sind doch wohl nie mehr als 49 entlassen worden, weil das sonst anmeldungspflichtig wär. aber vom streik an, von herbst 73 bis zum ende des jahres 74 haben schon über 5000 leute das werk verlassen.

f: sind die freiwillig gegangen?

a: ja, sicher...was heißt freiwillig, ne? es sind viele leute unter druck gesetzt worden in den monaten nach dem streik. ganz häufig ist es passiert, daß die leute zum personalbüro gerufen wurden und ihnen da gesagt wurde, also entweder ihr kündigt freiwillig, dann steht ihr euch besser - wenn ihr das nicht tut, dann kündigen wir euch. das waren zwar meistens leere drohungen, aber auf diese weise sind natürlich doch viele leute tatsächlich gegangen. dazu kam, daß durch die umstrukturierung im werk viele leute an andere arbeitsplätze kamen und dadurch auch unzufrieden wurden und gegangen sind. die fluktuation an den bändern betrug früher 30 % - das kann sein, daß jetzt die abgänge schon 'n bißchen weniger geworden sind, weil man ja nicht mehr so leichtfertig den arbeitsplatz verläßt - jedenfalls sind die durch die fluktuation bedingten abgänge nicht mehr ersetzt worden. seit november 73 gibts den einstellungsstopp.

f: du hast vorhin die meister angesprochen. wie reagieren die, wenn sie zu lohnempfängern zurückgestuft werden? müssen die wieder am band arbeiten?

a: ja, es sieht so aus, daß die tatsächlich wieder arbeitsplätze am band - wenn auch bessere - bekommen. bis jetzt scheinen die zwar dasselbe geld zu behalten, teilweise auch ihren meisterposten. aber das ist nicht ganz sicher, meistens werden sie dann sowas wie vorarbeiter werden. und viele meister haben echt angst davor, jetzt mit den leuten zusammenarbeiten zu müssen, die sie vorher zusammengeschissen haben.

f: hm, und wie reagieren die das ab? das heißt, biedern sie sich bei den leuten an, oder ...

a: ja, ich hab schon ein paar besoffene meister (lacht) am band rumturnen sehn, die also ihren untergebenen vorgeweint haben, wie schlimm das alles wär.

f: und die bandarbeiter, also die türken?

a: die lachen sich tot dadrüber.
die meister werdens sicherlich nicht sehr leicht haben. die türken werden bestimmt die gelegenheit nutzen, um sich dafür zu rächen, daß sie jahrelang getreten und geschunden worden sind, von denselben leuten. und es macht natürlich spaß, einen von den rumkommandierern und schreihälsen jetzt mal arbeiten zu sehen. man wird ihm die arbeit so schwer wie möglich machen.

f: wie hat sich denn das verhältnis der arbeiter in der fabrik zu ihrer arbeit und untereinander geändert nach dem streik? hat es außer dem run auf die abfindungsgelder noch andere reaktionen oder aktionen gegeben?

a: sicher ist sowas da. es gibt individuelle aktionen, es gibt viel sabotage im werk, da werden manchmal autos kaputtgemacht. vor weihnachten sind 50 wagen zerkratzt worden, die mußten alle neu lackiert werden. das ruft natürlich wieder verstärkt den werkschutz auf den plan, der eigentlich so stark wie nie patroullien in den hallen macht. es hat im vergangenen jahr kleinere streiks gegeben in verschiedenen abteilungen, die meistens so halbe erfolge waren. es gibt so schöne geschichten, daß z. b. jemand seinen meister verprügelt hat, nachdem er seine abfindungserklärung unterschrieben hatte. der hat allerdings den fehler gemacht, damit nicht so lange zu warten, bis er das geld wirklich in der tasche hatte. so hatte der ford die möglichkeit, ihm das geld gar nicht mehr zu geben - der ist dann fristlos entlassen worden.

f: du hast eben den werkschutz angesprochen. ist der seit den streiks 73 neu organisiert worden, hat das zugenommen, gibts spitzel?

a: darüber kann man wenig sagen, man steckt da ja nicht drin. also, ich hab den eindruck, daß die zivilen werkschützer verstärkt worden sind, die so im blaumann durch die halle wandern. da gabs früher nicht so viele, und jetzt laufen sehr viele von denen da rum.

f: du hast eben was von ner produktionsumstrukturierung gesagt, die seit dem streik läuft. wie sieht die aus?

a: ja, eine umverteilung von leuten, muß man wohl eher sagen. es sind ja teile schon stillgelegt worden. tatsache ist einfach, daß die produktion, das heißt, der ausstoß an fertigen wagen, um ungefähr 30 oder noch mehr prozent zurückgegangen ist. das haben die dadurch erreicht, daß sie ganze bandketten stillgelegt haben bzw. nur in einer schicht haben arbeiten lassen. und dadurch wurden leute freigestellt, die dann wieder an anderen stellen eingesetzt worden sind. der rückgang der produktion hat allerdings nie bewirkt, daß die leute weniger arbeit haben. die arbeit ist eben nur anders verteilt worden, für den einzelnen fiel dabei nicht weniger arbeit an, sondern meistens noch mehr. die hetze ist eigentlich nicht weniger, sondern grade noch schärfer geworden, trotz des produktionsrückgangs.

f: wie hat denn die belegschaft auf diesen ganzen prozess reagiert? gibt es innerhalb der verschiedenen werke noch kerne von leuten, die sich durch den streik kennengelernt haben und jetzt noch irgendwie in verbindung miteinander stehen?

a: klar, aber das sind natürlich wenige, an einzelnen bändern. nimm als beispiel eine gruppe von 100 mann, das sind zwei bänder, dabei sind vielleicht 6 oder 7 oder 5, die sich tatsächlich vom streik her kennen, weil sie da gemeinsam dran teilgenommen haben. durch die ganze umverteilerei haben sich viele leute aus den augen verloren, die sich vom streik her kannten. und außerhalb der fabrik gibts die zusammenhänge höchstens noch im wohnheim, wo das aber wohl ähnlich sein wird, daß da nur noch wenige sind von denen, die aktiv teilgenommen haben. und dann in gruppen wie den "kölner fordarbeitern" - aber auch hier sind die alten streikkader weniger geworden.

f: bei der diskussion um die streiks spielt immer die einschätzung des kollektiven lernens der arbeiterklasse eine große rolle. wie stellt sich das in diesem fall konkret dar, wo die zusammenhänge zerrissen worden sind?

a: das wird natürlich fraglich dadurch, denn es sieht fast so aus, als sei es denen gelungen, aus dem kollektiven prozess was höchstens noch individuelles zu machen, nur noch erinnerung von einzelnen, weil das kollektiv, das gestreikt hat, eben nicht mehr existiert.

f: gibt es denn noch zusammenhänge außerhalb der fabrik, im stadtteil oder über bestimmte leute?
a: sicher gibts das, aber das sind kleinere gruppen. eine zeitlang ist das noch wachgehalten worden durch die veranstaltungen des solidaritätskomitees, und es wird auch jetzt noch in kleinerem maße wachgehalten durch die "kölner fordarbeiter", aber das wird immer weniger. eine andere sache ist halt, daß der streik von allen beteiligten selbst verarbeitet worden ist. da müßte man untersuchen. ob nicht sowas wie eine erinnerung daran geblieben ist, daß wir gekämpft haben.
f: die reaktion von ford bestand also einmal darin, die aktiven leute rauszuschmeißen oder auf die verschiedensten arten aus dem betrieb rauszubringen, und auf der anderen seite innerhalb des werkes eine umstrukturierung der belegschaft vorzunehmen. gibt es darüber hinaus nun noch andere maßnahmen von ford, die sich abzeichnen und die darauf abzielen, auch die kampferfahrungen, die einzelne noch behalten haben, endgültig zu zerstören?
a: ja, es zeichnen sich noch andere maßnahmen ab, obwohl ich natürlich in frage stellen möchte, daß sich das unmittelbar auf den streik bezieht. denn ich glaube, daß die kapitalisten zwar auch reagieren auf kämpfe der arbeiter, daß sie sich aber in erster linie doch vom profitstreben und solchen sachen leiten lassen. was sich da also abzeichnet, ist die errichtung des motorenwerkes in valencia, wo zentral die gesamte europäische motorenproduktion hinverlagert werden soll. das heißt, daß das motorenwerk in niehl auf die dauer stillgelegt werden soll. dort waren bisher 4.000, früher sogar 5.000 leute beschäftigt. jetzt soll das ganze erst mal auf einschichtigen betrieb umgestellt werden, das heißt, die hälfte der leute wird schon mal rausfliegen. ein großer teil ist schon mit den abfindungen rausgegangen, der rest wird im werk, vor allem an die bänder in der y-halle, verteilt werden. in spanien hat ford die möglichkeit, zu etwa einem fünftel des hiesigen lohns produzieren zu lassen - ich habe gehört, daß das lohnniveau ungefähr bei 1,20 dm oder so liegt, man müßte das mal nachprüfen. die errichtung des werks in spanien wird nicht vom ford/europa gemacht, sondern vom ford/amerika. die ganze mitbestimmungssache läuft so nicht mehr. das ganze mitbestimmungskonzept erweist sich als völlig unzureichend, um gegen die politik von multinationalen konzernen zu kämpfen. wenn ford das werk in valencia baut, werden hier arbeitsplätze überflüssig, die leute hier fliegen auf die straße. und keins der traditionellen mitbestimmungskonzepte kann das verhindern!

(aus: kölscher klüngel/jan. 1975)

DOKUMENT 4

"ES GEHT NICHT UM PROZENTE, DER ARBEITGEBER SPIELT POLENTE"

das war eine parole von ungefähr 1 000 arbeitern der hoesch-maschinen-fabrik-deutschland in dortmund. die arbeiter hatten über eine stunde lang gestreikt, kleine demonstrationen gemacht (parole: "wenn wir nicht arbeiten, haben die nichts zu beißen") und eine versammlung abgehalten. auf dieser versammlung brachten eine reihe von rednern zum ausdruck: "wir lehnen die 7 % ab" und "wir sind zum streik bereit".

in dieser kämpferischen form der auseinandersetzung verlief nur der geringere teil der warnstreiks, an denen sich etwa 60 000 metallarbeiter beteiligten. in vielen fällen war es den gewerkschaftsführern gelungen, die protestaktionen der arbeiter auf ihre mühlen zu lenken und von ihren eigenen schandtaten abzulenken! so besaßen sie bei einem autokorso mit etwa 110 pkw aus dortmund, castrop-rauxel und lünen durch dortmund die frechheit, einen wagen mit einem großen transparent: "igm - nur ja zu 7 %" auszustaffieren. dies zeigt noch einmal, in welche situation die gewerkschaftsführer die arbeiter gebracht hatten: sie ließen sie für 7 % streiken!

im folgenden eine kurze bilanz der streiktage:

freitag, 31 januar:
- 1 600 arbeiter in schleswig-holstein treten in kurze warnstreiks: auf der flender-werft in lübeck und bei der flensburger schiffbau-gesellschaft

montag, 3. februar:
- über 5 000 arbeiter in nordrhein-westfalen streiken kurz:
- 1 000 arbeiter von aeg-kanis in essen zum teil über zwei stunden. nach angaben des betriebsrats wollte die mehrheit der belegschaft sofort zeitlich unbegrenzt streiken;
- 280 arbeiter der vereinigten schraubenwerke (thyssen) in essen;
- 600 arbeiter bei balcke-dürr in ratingen;
- in düsseldorf waren es etwa 200 arbeiter bei ferdinand lenties und beim theinischen rohrleitungsbau;
- in solingen streikte die tagesschicht der kronprinz ag (mannesmann) eine halbe stunde.
- zur selben zeit demonstrierten etwa 150 kollegen in stuttgart gegen die unternehmer-provokation und besetzten kurze zeit den verhandlungsraum.
- in essen bezeichneten 200 betriebsräte auf einer versammlung das vorgehen der kapitalisten als "provokation, betrugsmanöver, diktatorisches verhalten und schweinerei". in einer resolution erklärten sie sich "zum arbeitskampf bereit und solidarisch".

dienstag, 4. februar:
an diesem tag streikten über 15 000 metallarbeiter für kurze zeit:
- 1 500 bei der gutehoffnungshütte, oberhausen, veranstalteten eine protestdemonstration;
- 1 000 arbeiter bei babcock in oberhausen;
- 450 bei malmedie in düsseldorf;
- 250 bei ackermann und frühauf in wuppertal;
- in duisburg demonstrierten etwa 1 000 arbeiter bei demag vor dem betriebstor;
- bei vdm-duisburg waren es 40 arbeiter;

in mühlheim/ruhr waren es:
- 400 in der maschinenfabrik clark; 100 bei der pumpenfabrik wehnert & co; 80 bei siebtechnik; 500 kollegen der siemens-turbinenfabrik wesel streikten eine stunde;
- 1 500 arbeiter bei krupp widia in essen (bereits am vortag hatte der betriebsrat mit mühe die kollegen vom streik abgehalten);

- gestreikt wurde auch bei der linde ag in köln-sürth und
- von 200 kollegen der firma gustav f. gerdts in finndorff bei bremen.
  an diesem tag fanden zahlreiche funktionärsversammlungen statt:
- in oberhausen lehnen die igm-funktionäre den antrag der ortsverwaltung auf zustimmung zum schlichtungsergebnis mehrheitlich ab.
- auf einer versammlung der funktionäre von dortmund, lünen und castrop-rauxel trägt der vk von pohlschröder in dortmund eine resolution vor, in der eine urabstimmung und kampfmaßnahmen gefordert werden. in der diskussion lehnen eine reihe von rednern das schlichtungsergebnis ab, nur einer spricht sich dafür aus! die ortsverwaltung läßt dann über die zustimmung zur schlichtung abstimmen. trotz mehrheitlicher ablehnung erklärt die versammlungsleitung unter lauten protesten: "knappe mehrheit dafür"! fast einstimmig wurde eine resolution verabschiedet, in der die abschaffung der lohngruppe II gefordert wurde.
- in hagen verabschiedet eine vertrauensleutevollkonferenz eine resolution, die bei ablehnung der schlichtung eine urabstimmung fordert.
- in einer entschließung einer mannheimer funktionärskonferenz heißt es: "die arbeiter und angestellten werden tarifdiktate - wie sie in der nazi-zeit erlassen wurden - nicht hinnehmen. die spekulationen der unternehmer auf entsolidarisierung der arbeiter unter dem druck steigender arbeitslosenzahlen und kurzarbeit werden nicht aufgehen."

mittwoch, 5. februar:
  etwa 15 000 metallarbeiter streiken:
- 1 600 bei holstein & kappert in dortmund;
- über 5 000 bei klöckner-humbold-deutz in köln;
- 500 arbeiter bei den kurpp-metallwerken in essen demonstrieren vor dem betriebstor;
- 2 500 arbeiter bei kurpp-industriebau in essen;
- bei den aeg-kabelwerken in duisburg versammeln sich 600 arbeiter auf dem hof. 100 frauen ziehen zum betriebsrat und lassen sich zwecks information in dessen zimmer nieder;
- 650 arbeiter der waggonfabrik uerdingen streiken 1 1/2 stunden;
- 200 bei albert flender, bocholt;
- bei der drahtseilerei koks in mühlheim 80 arbeiter;

donnerstag, 6. februar:
  die streiks werden fortgesetzt:
- 200 frauen der spätschicht bei krups in bottrop;
- etwa 1 000 arbeiter der hoesch-maschinenfabrik deutschland in dortmund;
- 200 bei schade in schüren;
- 60 bei schreck-mieves in barop (beides dortmund);
- außerdem bei kayser in lünen, kammerich-werke witten und rosista, unna; es streiken ebenfalls 700 arbeiter der lloyd-dynamo-werke in bremen.

freitag, 7. februar:
  über 5 000 arbeiter streiken:
- 1 000 bei schiess ag, düsseldorf;
- 600 bei demag-düsseldorf;
- 800 bei decker & co in herne; bei krups in solingen;
- 400 frauen der frühschicht bei krups in bottrop fordern vor allem: "weg mit lohngruppe II";
- 150 bei klöckner-ferromatic in castrop-rauxel;
- 600 bei orenstein & koppel, dortmund;
- 40 bei niox, rheinkamp;
- 700 bei den dortmunder miesbachwerken I und II;
- 400 bei rheinstahl in duisburg-warnheim; außerdem bei jagenberg, düsseldorf.

montag, 10. februar:
  auch am rosenmontag streikten 2 000 arbeiter in betrieben aus bielefeld und unna.

dienstag, 11. februar:
- 1 000 arbeiter bei gildemeister in bielefeld streiken für 1 1/2 stunden;
- in bielefeld streiken außerdem: 400 in der maschinenfabrik rabeneick; 400 bei benteler; 250 bei vogelsang;
- 150 bei prinz und reckermann in solingen;
- zu kurzen protestaktionen kommt es auch bei hdw in kiel.

mittwoch, 12. februar:
  neuer streikhöhepunkt nach dem fasching: in über 30 betrieben streiken mehr als 15 000 arbeiter:
- 5 300 bei der kraftwerksunion in mülheim machen eine demonstration auf dem werksgelände;
- bereits zum drittenmal wird bei den pumpenwerken wehnert & co in mülheim gestreikt: 80 arbeiter;
- 600 wittener arbeiter bei den metallwerken lohmann;
- 100 arbeiter im hoesch-werk eckesey;
- 800 arbeiter bei rote erde (hoesch) in hagen;
- 500 bei peddinghaus, gevelsberg;
- 100 bei dürrkopp, bielefeld;
- 2 000 bei rheinstahl-klönne in dortmund;
- 1 400 bei gildemeister, bielefeld;
- 4 000 in mehr als 20 betrieben in unna!
  über 100 frauen demonstrieren nachmittags in hagen und fordern: "gleiche arbeit - gleicher lohn" und "weg mit lohngruppe II".

donnerstag, 13. februar:

die gewerkschaftsführer wiegeln ab, sie sind zu neuen "gesprächen" bereit und dringen auf einen schnellen abschluß in nordrhein-westfalen. sie lassen sich an diesem tag von der tarifkommission die zustimmung geben, auf der basis des schlichtungsabkommens von 7 % abzuschließen und obwohl in einer reihe von betrieben und resolutionen diese 7 % abgelehnt wurden, halten sich die vertreter in der tarifkommission nicht an die mitgliedermeinung: die gewerkschaftsführer erhalten mit 195 gegen eine stimme die zustimmung, bei 7 % abzuschließen !

an diesem tag flaut die streikwelle ab:
- 450 arbeiter bei ceag-dominit in dortmund;
- 170 bei becorit in recklinghausen;
- 70 in der maschinenfabrik seeberger, kirchhellen;
- in der dortmunder innenstadt findet ein autokorso der igm mit etwa 110 pkw statt.

aus: arbeiterkampf

DOKUMENT 5 "ANTI-APARTHEIDKAMPF" UND SOZIALISTISCHE REVOLUTION IN DER REPUBLIK SÜDAFRIKA

unmittelbares ergebnis verstärkter repression und illegalisierung der drei nationalen emanzipationsbewegungen in der republik südafrika, die um 1960 unterschiedliche qualitative und quantitative stärke aufwiesen, und der gnadenlosen verfolgung ihrer führer und aktiven mitglieder, die von kidnapping über folterung bis politischem mord rangierte, war im in- und ausland eine gesteigerte klandestine politische tätigkeit. tausende von mitgliedern dieser organisationen wurden verhaftet und eingekerkert; hunderte flohen in benachbarte gebiete; andere emigrierten nach westeuropa und nordamerika, aber auch nach "sozialistischen ländern." eine florierende politische exiltätigkeit wurde entfacht: exilbüros wurden gegründet, offizielle vertreter gewählt, in internationalen organisationen reden gehalten, antisüdafrikanische propaganda betrieben, artikel und bücher verfaßt, internationale aktivitäten gegen südafrika organisiert und geldmittel für den kampf gesammelt.

viele ehrenhafte ausländische demokraten, liberale, pfarrer, sozialisten usw. unterstützen die südafrikanischen exilpolitiker in ihren bemühungen; einige konnten endlich ihre schuldgefühle loswerden; "anti-apartheid-bewegungen" entstanden in großbritannien, den usa, der schweiz, in holland, schweden, kanada und anderswo. der "anti-apartheid-kampf" wurde von der oau bis in die uno und den weltkirchenrat hineingetragen; das ganze hatte nur einen haken: peripher-ephemer hatte es etwas mit dem internationalen klassenkampf zu tun, essentiell war es ein bürgerlich-demokratischer, ein "rassenkampf", der seinen ursprung in dem programm und der politik des "african national congress" (anc) hatte und sehr leicht zum stoßkeil neokolonialistischer intrigen gewisser liberaldemokratischer kreise werden könnte.

jahrzehntelange physische und psychische unterdrückung, divide et impera (teile und herrsche), baasskap (herr-schaft) und apartheid hatten tiefe spuren im bewußtsein vieler exilpolitiker hinterlassen. ein neuer modus vivendi, entfremdungsprozesse, andere sozialisationsfaktoren verwandelten einstige militante kämpfer in typische "emigrés" (exilpolitiker), die nicht anschluß zum internationalen klassenkampf fanden und sich gegenseitig (sozusagen als ersatzkampf) befehdeten. die zahlreichen, z.t. sehr kostspieligen zeitschriften wie sechaba reflektieren diese hilflose situation. man freute sich, wenn arbeitskämpfe in carltonville, welkom oder western deep draußen registriert werden, immerhin war anc und pac im nachhinein dabei. dann wird argumentiert, daß "die südafrikanische regierung auf die kühnheit, die verbreitung und die stärke der kämpfe nicht vorbereitet war" (zola sonkosi).

seit einem jahr existiert nun auch in der brd eine "anti-apartheid-bewegung" (aab), gegründet vom mülheimer pfarrer dr. markus braun, der vier jahre in südafrika in schwarzen gemeinden tätig war und wegen seines eintretens für die demokratischen rechte der afrikaner von regierungsseite des landes verwiesen wurde. hauptziel der aab ist es "hier in der brd die wirklichen verhältnisse in südafrika bekannt zu machen"; dazu wurde ein "tribunal" in bonn am 15. februar 75 organisiert. aber auch die deutsche aab (z.t. auch die"informationsstelle südliches afrika e. v.") entwickelt sich zur internationalen plattform für propaganda und agitationstätigkeit des "anti-apartheidkampfes" des anc, der als alleiniger vertreter der südafrikanischen befreiungsbewegung zum "tribunal" zugelassen wurde.

entweder herrscht in der internationalen "anti-apartheid-bewegung" bezüglich des antikolonialkapitalistischen kampfes, des klassenkampfes in südafrika trotz zahlreicher publikationen ein politisches vakuum, das durch tatsächliche informationen aufklärerisch gefüllt werden muß, oder viele einflußreiche mitglieder verschweigen bewußt "die wirklichen verhältnisse" und dazu gehören "wirkliche emanzipationsbewegungen" wie die "african peoples' democratic union of southern africa" (apdusa) oder pac.

in der phase der forcierten industrialisierung südafrikas (1900-1945) führte das unterdrückte südafrikanische volk, in verschiedene soziale gruppen gespalten und durch zahlreiche organisationen, die ihre historische berechtigung haben, vertreten, einen kampf um die nationale befreiung; es war ein nationaldemokratischer kampf um die politische gleichberechtigung zwischen weißen und nichtweißen, d.h. um die erlangung der elementarsten bürgerlich-demokratischen grundrechte. damals stand tatsächlich eine "nationaldemokratische revolution", wie sie heute vom anc und der "south african communist party" (sacp) als "anti-apartheidkampf" geführt wird, auf der tagesordnung. die programme aller nationalen organisationen forderten eine bürgerlich-demokratische revolution. nach dem 2. weltkrieg als ergebnis der fortschreitenden industrialisierung, der modernen technologischen ausrüstung, konnte in südafrika ein rapides wirtschaftswachstum registriert werden. dies bedeutete zugleich eine zunehmende polarisierung und proletarisierung der nichtweißen bevölkerung, vor allem der schwarzen (afrikaner), eine verschärfung des klassenkonflikts. diese entwicklung reflektiert sich auch materiell und geistig im befreiungs- und bewußtwerdungsprozeß: eine "qualitative wendung vom nationalen emanzipationskampf zum klassenkampf" vollzog sich.

präziser formuliert: der sogenannte "rassenkampf", die"anti-apartheid-bewegung", der bürgerlich-demokratische kampf verwandelte sich qualitativ in eine sozialrevolutionäre bewegung mit latenten sozialistischen zügen,wie sie sich theoretisch im "unity movement" und praktisch in den zahlreichen arbeiterkämpfen äußerte. selbstverständlich herrscht eine gewisse ungleichzeitigkeit im bewußtwerdungsprozeß der verschiedenen bevölkerungsgruppen südafrikas. daß die organisationen der schwarzen (z.b. anc) zwar quantitativ stark, jedoch qualitativ politisch-theo-

retisch relativ rückständig sind, während umgekehrt die bewegungen anderer nichtweißer gruppen, wie die der mischlinge (z.b. "society of young africa" -soya) zahlenmäßig wenige mitglieder haben, jedoch wissenschaftstheoretisch marxistisch orientiert sind, haben nicht naturbedingte ursachen, sondern soziohistorische gründe. sie spiegeln die südafrikanische wirklichkeit wider, deshalb sollte kein "schleier des schweigens" über existierende befreiungsbewegungen, auch nicht in "tribunalen" verhängt werden.

in der südafrikanischen imperialistischen submetropole existiert ein zahlenmäßig starkes proletariat, die produzenten des reichtums und der superprofite dieses dorados. seit einem jahrzehnt führt es einen permanenten arbeitskampf, der sich in einer regelrechten streikwelle ausdrückt. nur ignoranz und blindheit können diese auseinandersetzung zwischen "weißem" kapital und "nichtweißer"billiger arbeitskraft nicht registrieren, können den klassenkampf mit einem "anti-apartheidkampf" verwechseln. unaufhaltsam schreitet das südliche afrika, die neokolonialistischen fallen umgehend, einer potentiellen sozialistischen revolution entgegen.

DOKUMENT 6 FRISTENLÖSUNG AUF ÖSTERREICHISCH

daß der widerstand gegen den wohl bekanntesten paragraphen des neuen strafrechts nicht erloschen ist, wird österreichs bürgern täglich aufs neue vor augen geführt. er äußert sich nicht nur in den erklärungen und kommentaren von sprechern der "aktion leben" und von ihnen nahestehenden politikern, ärzten, journalisten und funktionären der kirche, er wird auch in der praxis sichtbar, wenn frauen die "fristenlösung" in anspruch nehmen wollen. nicht zu unrecht wurde deshalb die befürchtung ausgesprochen, daß die neuen §§ 96 und 97 stgb regional - zumindest teilweise - auf dem papier bleiben könnten, daß so auch die absicht des gesetzgebers nicht verwirklicht werden kann, mit der entkriminalisierung des schwangerschaftsabbruchs neue und bessere möglichkeiten einer vorbeugenden geburtenkontrolle zu finden. wie es mit der praxis der "fristenlösung" in österreich aussieht, ist gar nicht so leicht zu erfahren - bisher gibt es keine zentrale stelle, die daten sammelt und auskunft geben könnte.

ferngespräch aus linz: eine fürsorgestelle der oberösterreichischen landeshauptstadt möchte eine patientin nach wien schicken, in die ignaz semmelweis-frauenklinik. "ein ganz dringender fall", sagt die stimme am telefon, "wir halten den schwangerschaftsabbruch für unbedingt notwendig, aber die gynäkologen in den linzer spitälern weigern sich, ihn durchzuführen."

ähnliche anrufe hat es seit dem 1. jänner 1975 schon des öfteren gegeben. nicht nur von ämtern, sondern auch von gynäkologen und anderen ärzten, die den vorstand der wiener klinik baten, die interruption durchzuführen. und die antwort auf die frage, warum die oberösterreichischen kollegen den eingriff denn nicht selber vornähmen, wenn sie ihn für notwendig hielten, lautete immer: "wir haben beschlossen, keine schwangerschaftsabbrüche zu machen." offenkundig auch dann nicht, wenn es sich um fälle handelt, für die selbst nach den vorstellungen der "aktion leben" ein strafloser schwangerschaftsabbruch möglich wäre.

solche episoden beleuchten ganz gut die situation, wie sie derzeit - vier wochen nach inkrafttreten der "fristenlösung" - in österreich besteht. vergeblich verweisen ihre befürworter darauf, daß schon die ersten gespräche in den familienberatungsstellen die notwendigkeit des neuen gesetzes unterstrichen haben. oberarzt dr. schröck vom wiener wilhelminenspital berichtete dem "kurier" (18. jänner 1975), welche frauen bisher die klinik aufsuchten: " 8o prozent haben zwei bis drei kinder. mehr als 50 prozent sind mehr als 35 jahre alt, 85 prozent sind soziale indikation, 5 prozent sind jugendliche". unter der patientinnen, die nach wien geschickt wurden, erzählt dr. rockenschaub, war eine mutter von sieben kindern und eine frau, die bereits zum sechzehntenmal schwanger war und die schon zwölf kinder zu versorgen hat.

überhaupt kommt in den familienberatungsstellen langsam ans licht, welche begleiterscheinungen mit den noch immer vorherrschenden moralvorstellungen, die heute vor allem von den gegnern der fristenlösung verteidigt werden, verbunden sind. täglich staunen die beratenden ärzte von neuem über die vorstellungen, die viele frauen von ihren körperfunktionen haben, und immer wieder müssen sie zur feststellung kommen, daß eine nur kurze beratung über die mittel und möglichkeiten der empfängnisverhütung und familienplanung ungenügend sind. sie wissen von kuriosen mißverständnissen bei der anwendung von kontrazeptiva und können nur bedauern, daß sie mit den frauen erst ins gespräch kamen, als es"zu spät" war. aber es besteht wenigstens die aussicht, daß es weniger leicht zu einem "nächstenmal" kommen wird, daß die notlösung des abbruches nicht mehr gesucht werden muß, weil wirkungsvolle vorbeugung betrieben wird. aber solche und ähnliche argumente haben bisher keine haltungsänderung bei den gegnern der fristenlösung bewirkt. selbst in wien werden schwangerschaftsabbrüche bekanntlich nur von wenigen spitälern durchgeführt. die übrigen primarien und oberärzte, die schon zu einer vorbesprechung über die durchführbarkeit der fristenlösung beim zuständigen stadtrat nicht erschienen waren oder sich dort ablehnend geäußert hatten, blieben bei ihrer auffassung. und die ärzte der "rudolfsstiftung", dessen primarius abbrüche durchführt, haben in dessen abwesenheit eine resolution beschlossen, daß sie sich mit den intentionen ihres chefs nicht einverstanden erklären können..

daß die sozialistische gemeinde wien nicht imstande ist, einem von der sozialistischen regierung beschlossenen gesetz allgemein geltung zu verschaffen, hatte die gemeindeverwaltung in eine ziemlich blamable lage gebracht. es fehlt deshalb nicht an versuchen, doch noch irgendwie eine änderung des zustandes zu erreichen. und zwar unter der hand und ohne aufsehen zu erregen, nicht auf politischem, sondern auf administrativem weg. wenn schwangerschaftsabbrüche schon nicht in gynäkologischen abteilungen durchgeführt werden können, so gibt es doch auch operationssäle in anderen abteilungen, man kann betten zur verfügung stellen lassen und nichtspitalärzte rufen, und wenn der abortus einmal durchgeführt ist, kann sich auch ein erklärter gegner der fristenlösung kaum weigern, bei eventuellen komplikationen nachbehandlungen durchzuführen. langsam dürfte so nun doch erreicht werden, daß die zahl der wiener kliniken, in denen schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, größer wird. die richtige stelle zu finden, wird den hilfesuchenden frauen auf diese weise allerdings nicht sehr leicht gemacht.

wenn es schon in wien so aussieht, , so verwundert es nicht sehr, daß die vorarlberger ärztekammer ein mitwirken an der fristenlösung als "ausgeschlossen" bezeichnete und daß selbst ein schwangerschaftsabbruch bei medizinischer indikation nur "vielleicht möglich" sei - auch die im gesetz eindeutig festgehaltene verpflichtung der ärzte, bei gefahr für das leben der mutter den abbruch durchzuführen, wird hier in frage gestellt.

die stellungnahmen aus tirol klingen ähnlich. um die grundhaltung der tiroler gynäkologen

anzudeuten, genügt es, den vorstand der frauenabteilung des krankenhauses in reutte zu zitieren. um dem gerücht entgegenzutreten, daß dort wenigstens eine"erweiterte medizinische indikation" gelten würde, veröffentlichte die "presse" (10.1.75) ein dementi und gab seiner meinung ausdruck, daß an kleineren krankenanstalten abtreibungen "generell nicht durchgeführt werden können".

aus salzburg konnte man in der öffentlichkeit bisher neben den anscheinend obligaten beschlüssen in den krankenhäusern des landes nur hören, daß die gynäkologen die honorarsätze für ambulante schwangerschaftsabbrüche erhöht haben wollen. man hörte auch von ärzten, die "es um 8000 schilling machen", den gleichen betrag wie früher, worüber der landeshauptmann - zuständig für das gesundheitswesen im land und mitunterzeichner des aufrufs der "aktion leben" - freilich noch nie gesprochen hat. weniger bekannt sind die auseinandersetzungen im gemeinderat von hallein, daß im gemeindekrankenhaus schwangerschaftsunterbrechungen gemäß der fristenlösung möglich werden.

nach einem aufruf des eisenstädter bischofs laszlo und den bekannten vergleichen der fristanlösung mit der nazi-"endlösung der judenfrage" durch den primarius des krankenhauses der barmherzigen brüder in eisenstadt, dr. müller-hartburg, schien es einige zeit hindurch, daß sich burgenländische frauen nur an wiener spitäler wenden könnten. am 18.1.1975 aber konnte die "az" dann doch berichten, daß es im landeskrankenhaus güssing schwangerschaftsunterbrechungen geben werde, die allerdings nicht von gynäkologen, sondern von chirurgen durchgeführt werden.. für andere krankenhäuser hätten "gespräche begonnen", offenbar wird das wiener beispiel nachgeahmt.

"klärende gespräche" anderer art gab es in graz schon in den ersten tagen nach inkrafttreten der fristenlösung. die partner waren ärzte und hilfesuchende frauen, denen klargemacht wurde, daß es keinen gesetzlichen anspruch auf schwangerschaftsabbruch gibt und die ärzte nicht verpflichtet sind, diesen durchzuführen. nach dieser "beratung" seien die frauen wieder nach hause geschickt worden, teilte der leiter der universitäts-frauenklinik, professor erich burghardt, der "kleinen zeitung" (4.1.75) mit. und primanus heinrich mayer, leiter der gynäkologischen abteilung des landeskrankenh ses loeben meinte: " schwangerschaftsabbrüche nach der fristenlösung werden in meiner abteilung nicht vorgenommen. die ärzte meiner abteilung sprechen sich dagegen aus." die zeitung vermutete nach ihrer umfrage, daß "schwangerschaftsabbrüche auch künftig nur bei vorliegen medizinischer gründe vorgenommen werden" dürften, nachdem sich in der steiermark kein einziger vorstand einer gynäkologischen abteilung zu einem eingriff gemäß der fristenlösung bereit erklärt hatte.

das bedeutet natürlich nicht, daß es in diesem bundesland nun keine abtreibungen mehr geben wird. für jene, die die nötigen verbindungen haben, wird es zweifellos sogar etwas billiger als bisher werdendenn bei vorliegen medizinischer gründe leisten die krankenkassen bekanntlich den vollen kostenersatz. und da die strafdrohung wegfällt, wird die zahl der medizinischen indikationen - zumindest in privaten sanatorien - wahrscheinlich bald ansteigen.

die zeitungsannoncen der "barmherzigen schwestern vom heiligen kreuz", daß in den vom orden geführten krankenhäusern keine abtreibungen durchgeführt werden, richten sich deshalb nur gegen jene frauen, denen es an beziehungen und geld mangelt. die mitteilung war aber nur der für die öffentlichkeit bestimmte begleittext zu einem brief an die "herren fachärzte für gynäkologie und chirurgie". dort findet sich die präzisierung, daß in den spitälern der kreuzschwestern auch frauen mit blutungen nicht aufgenommen werden, wenn der verdacht besteht, daß eine schwangerschaftsunterbrechung eingeleitet wurde.

wenn ärzte resolutionen unterschreiben oder sich in der frage der fristenlösung nicht äußern wollen, so ist dies häufig weniger in einer religiös oder ethisch motivierten gewissensentscheidung begründet, sondern vor allem in der tatsache, daß sie sich nicht gern vermeidbaren unannehmlichkeiten aussetzen wollen. man möchte das gute einvernehmen mit dem chef nicht stören, obwohl zum beispiel einem oberarzt kaum nachteile daraus erwachsen können, wenn er sich nicht konform verhält. man möchte nicht in gegensatz zur offiziellen haltung der ärztekammern kommen und nicht als außenseiter gelten. man möchte auch vermeiden, von fanatikern der "aktion leben" schmäh- oder drohbriefe zu erhalten oder vielleicht von einem jener geistlichen, wie sie in der fernsehsendung über die "aktion leben" vorgestellt wurden, als kindermörder verunglimpft zu werden. es ist jedenfalls weitaus bequemer, der so lauthals propagierten "öffentlichen meinung" nicht zu widersprechen

DOKUMENT 7 ANHÖRUNGSVERFAHREN FÜR LEHRAMTSBEWERBER

die berufsverbotspraxis wird vom hessischen kultusministerium auch auf die referendarzeit ausgedehnt. am 1. august 1974 wurde den beiden lehramtsbewerbern karl schaper und dietmar scheithauer die teilnahme an der vereidigung verweigert. Grund: mangelnde verfassungstreue, kandidatur bei studentenparlamentswahlen, teilnahme an einer anti-npd-demonstration im jahre 1971.

eine methode, sich über die politische einstellung von zukünftigen lehrern zu informieren, ist das anhörungsverfahren. welcher art die fragen sind, die in den anhörungsverfahren gestellt werden, geht aus drei kurzen gedächtnisprotokollen hervor (texte aus einer dokumentation der gew, des asta kassel und dem berufsverbotekomitee kassel):

protokoll von dietmar scheithauer:

"am 18.9.74 fand nach langer verzögerung durch die behörde das "gespräch" in einem eigens zu diesem zweck abgeriegelten trackt des regierungspräsidiums statt, um die öffentlichkeit auf jeden fall auszuschließen. leute, die in diesen trackt wollten, mußten sich einer kontrolle unterziehen.

die anhörung dauerte mehr als zwei stunden, ein tonband- oder wortprotokoll durfte nicht geführt werden. nur der anhörungsbeamte erstellte einen bericht.

ich stellte mich diesem anhörungsverfahren nur unter protest. mir wurden dann fragen gestellt, die ich schon in meiner öffentlichen stellungnahme beantwortet hatte.

es wurde sehr schnell klar, daß die regierung unter einem gespräch etwas anderes versteht, als man allgemein üblich gewohnt ist, darunter zu verstehen. ich wurde einem entwürdigendem verhör unterzogen, wobei der anörungsbeamte fragen stellte, die ich zu beantworten hatte, während gegenfragen nicht zulässig waren. zuerst wurden mir fragen zu den 8 prinzipien der freiheitlich-demokratischen grundordnung gestellt, danach las er mir vier seiten mit auszügen aus dem programm der kpd (gruppe rote fahne), dem spiegel-interview mit herrn horlemann und einigepassagen aus dem kbw-programm vor und fragte mich nach meiner meinung zur rätedemokratie, zur diktatur des proletariats, welchen prinzipien der freiheitlich-demokratischen grundordnung die diktatur des proletariats widerspräche und wie ich mich verhalten würde,

wenn das programm der kpd auf legalem parlamentarischem wege durchgesetzt würde und wie ich mich aktiv für die freiheitlich-demokratische grundordnung einsetzen werde.

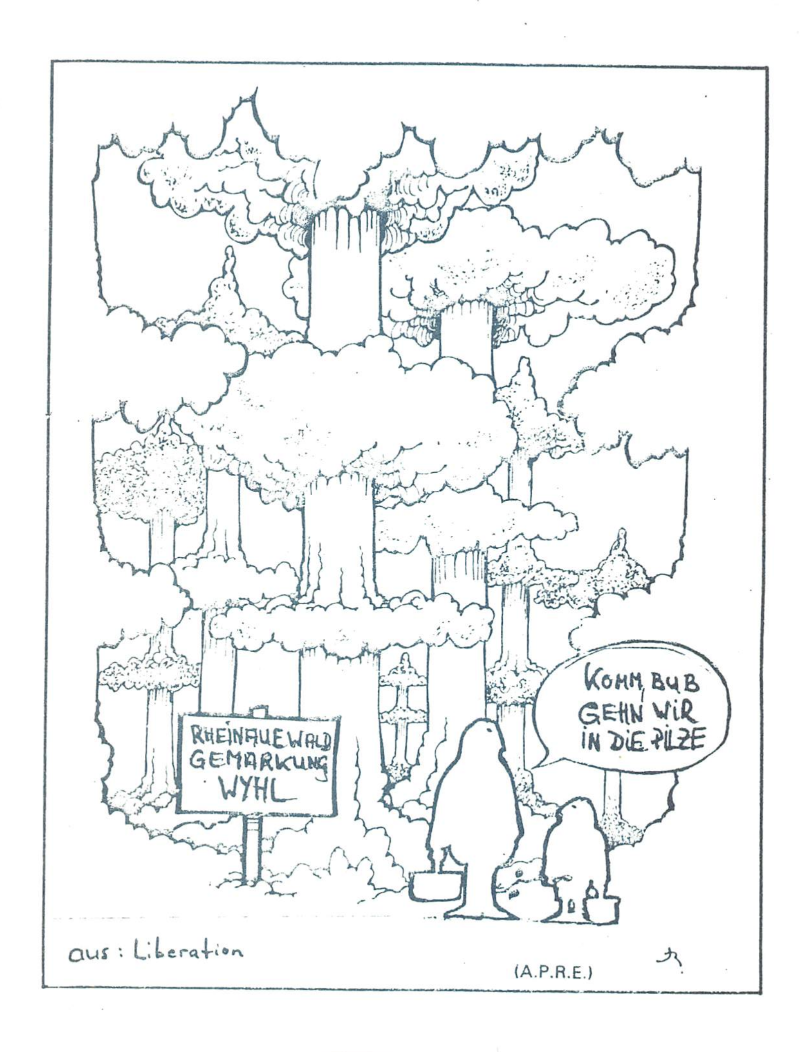
dieses verhör hatte nichts mit dem angegebenen grund, - kandidatur zum studentenparlament der gesamthochschule kassel 1972 - zu tun, es diente einzi und allein der gesinnungsschüffelei und aushorchung.

fragen an h. roth (gießen):

- (zweifel über seine bereitschaft, jederzeit für die freiheitlich-demokratische grundordnung einzutreten) "bitte erläutern sie ihren politischen standpunkt."
- wie stehen sie zum prinzip der streitbaren demokratie?
- würden sie ihr verständnis zur dkp erläutern?
- wie denken sie über unser prinzip der volkssouveränität?
- wie stehen sie zum rätesystem?
- würden sie unser grundgesetz, so wie es jetzt dasteht, voll unterschreiben? ich meine, würden sie jederzeit dafür eintreten? ... was halten sie von der gewaltenteilung, wie sie bei uns durchgeführt ist? was halten sie von der unabhängigkeit der justiz?
- wie stehen sie zur notstandsverfassung?
- als lehrer, wie stehen sie da zum artikel 87 a (artikel über die streitkräfte)
- wie würden sie einen unterricht dazu durchführen (gemeint ist art. 87 a)

der fragenkatalog des koll. k. schaper:

- erläutern sie ihren politischen standpunkt
- kennen sie das programm der kpd und des kbw und unterstützen sie diese uneingeschränkt?
- sind sie mitglied dieser organisationen?
- welche funktionen führen sie aus?
- wie stehen sie zu den prinzipien der fdgo?
- wie stehen sie zum prinzip der streitbaren demokratie?
- wie stehen sie zum prinzip der rätedemokratie?



aus: Liberation

(A.P.R.E.)